

weiterdenken einmischungen 2016/17

Migration & Diversity

„Das kann ich doch auch“ – Grenzen zwischen Hauptamt und Ehrenamt

Katrin Holinski, Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Der Beitrag entstand für die Tagung "Ehrenamt im Spagat - Was Engagement für Geflüchtete (nicht) leisten kann", die am 19. März 2016 in der Evangelischen Hochschule in Dresden stattfand. Etwa 80 ehren- bzw. hauptamtlich Engagierte nahmen an der Tagung teil. Die Tagung bot ehren- bzw. hauptamtlich Engagierten im Bereich Flucht und Asyl in jeweils vier am Vormittag und am Nachmittag stattgefundenen Workshops einen Raum für Reflexion, Austausch und Auseinandersetzung mit dem eigenen Engagement. Die Tagung wurde gemeinsam vom Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen, der Evangelischen Hochschule Dresden, dem Ökumenischen Informationszentrum und Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen organisiert und aus Mitteln der Stiftung Nord-Süd-Brücken und

der Amadeu Antonio Stiftung gefördert.

2015 sind etwa 1 Million Menschen nach Deutschland geflüchtet; etwa 70.000 Geflüchtete wurden in Sachsen registriert. Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene versuchten Politik und Verwaltung, die Herausforderungen in der Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten zu lösen. Auf allen Ebenen zeigte sich jedoch eine massive Überforderung. Zelte, Turnhallen, Baumärkte wurden vermehrt zur Unterbringung genutzt; die Versorgung Geflüchteter war oftmals nur mangelhaft. Auf die gestiegenen Asylsuchendenzahlen und den Umgang von Politik und Verwaltung reagierten die Menschen in Sachsen sehr unterschiedlich. In vielen Orten fanden regelmäßig asylfeindliche Demonstrationen statt. Verbale und physische Übergriffe gegen Geflüchtete geschahen nahezu täglich.

Geplante Unterkünfte wurden in Brand gesetzt oder blockiert, so dass Asylsuchende nicht einziehen konnten. Aber auch Menschen, die sich für Asylsuchende engagieren, wurden zunehmend Opfer asylfeindlicher Initiativen und Einzelpersonen. Gleichzeitig nahm das ehrenamtliche Engagement für Geflüchtete in Sachsen erheblich zu: als Reaktion auf die asylfeindlichen Aktionen, vor allem aber auch als Reaktion auf die Notsituation, in der sich viele Geflüchtete aufgrund der Überforderung von Politik und Verwaltung befanden. Zahlreiche Menschen setzten sich für Asylsuchende und menschenwürdige Lebensbedingungen ein. Sie organisierten Sachspenden, Deutschkurse, Begegnungsangebote usw.

Aufgrund verschiedener restriktiver Maßnahmen der Europäischen Union sowie einzelner Mitgliedsstaaten zur Abriegelung der Grenzen gegen Geflüchtete sinken gegenwärtig die Zahlen neu ankommender Asylsuchender wieder. Wie sich das Engagement für Geflüchtete in Zukunft entwickelt, ist unklar; momentan ist das ehrenamtliche Engagement für Geflüchtete jedoch noch immer sehr groß.

Das ehrenamtliche Engagement birgt dabei ein großes Potenzial. Menschen, die bisher wenig oder gar nichts mit dem Thema zu tun hatten, beschäftigen sich mit den Lebensrealitäten geflüchteter Menschen und mit gesetzlichen Restriktionen.

[weiter auf Seite 2](#)

Internationale Arbeit

Renationalisierung der Politik Polens

Interview mit Irene Hahn-Fuhr, Heinrich-Böll-Stiftung Warschau

Weiterdenken hat über viele Jahre immer wieder deutsch-polnische Kooperationen in der politischen Bildung unterstützt. In unserem Nachbarland haben sich in den letzten Jahren viele Veränderungen vollzogen, besonders in den Fokus rücken die derzeitige Politik der nationalkonservativen Regierungspartei PiS sowie die Situation der Zivilgesellschaft und der Parteienlandschaft. Während unserer Bildungsreise in die diesjährige europäische Kulturhauptstadt Wrocław werden wir mehr über den Stand der Demokratie, die Kulturpolitik und die Ziele der zivilgesellschaftlichen Kräfte erfahren.

Irene Hahn-Fuhr leitet seit Anfang 2014 das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Warschau. Die Politologin arbeitet und forscht zu europäischer Integration, Demokratisierungsprozessen, Mittel- und Osteuropa und den deutsch-polnischen Beziehungen. Im folgenden Gespräch gibt sie uns Einblicke in ihre politischen Analysen und in die Arbeit der Stiftung vor Ort.

Die nationalkonservative „Prawo i Sprawiedliwość“ -PiS (Recht und Gerechtigkeit) stellt nicht mehr nur den Präsidenten, sondern hat auch die absolute Mehrheit im Parlament. Wie schätzt Du die derzeitige politische Situation und zukünftige Orientierung Polens ein?

Jarosław Kaczyński, der Parteivorsitzende der PiS, hat ganz klare Vorstellungen, wo er den Staat hinführen will, welche Staatsräson er anstrebt. Dadurch, dass die PiS die absolute Mehrheit hat und der derzeitige Präsident Duda ihm zwar nicht formal, dafür aber mental, kulturell untergeordnet ist, kriegt er das alles sehr schnell durch. Ebenso wurden viele wichtige öffentliche Stellen mit ‚gleichgesinnten‘ Personen neu besetzt. Die Oppositionsparteien sind relativ schwach aufgestellt. Die PO, die vorher regiert hat, ist immer noch mit der Wahlniederlage und interner Führungsstrukturen beschäftigt und liegt in Umfragen bei 15-18%. Für bestimmte Kreise ist der einzige Hoffnungsträger im Sejm die neue Partei Nowoczesna, geführt von Ryszard Petru. Nowoczesna heißt „Moderne“ auf Deutsch und ist von der inhaltlichen Ausrichtung ein bisschen wie die FDP bei uns zu ihren besten Zeiten. Allerdings sammelt sie erst erste Parlamentserfahrung und ist mit dem Aufbau der eigenen Strukturen beschäftigt. Sie können keine Gesetzesvorhaben verhindern, aber sie sind diejenigen, die Diskussionen in den Medien und im Sejm initiieren und dagegen halten. Da sie die Wahlkampagne als ‚bessere Version‘ der PO geführt hatten, ist jetzt der gemeinsame Alltag in der Opposition miteinander auch nicht einfach.

[weiter auf Seite 2](#)



Das Komitee Obrony Demokracji (deutsch Komitee zur Verteidigung der Demokratie, abgekürzt KOD) ist eine im November 2015 ins Leben gerufene polnische Bürgerbewegung, welche gegen Vereinnahmung staatlicher Institutionen durch die seit der Parlamentswahl 2015 alleinregierende Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) protestiert.

Fortsetzung von Seite 1

Sie sorgen dafür, dass sich Geflüchtete willkommen fühlen und eine erste Orientierung bekommen.

Zugleich birgt das Engagement die Gefahr, dass Grenzen verwischen: die eigenen physischen und psychischen Grenzen werden oftmals überschritten; aber auch die Grenzen zwischen haupt- und ehrenamtlicher Arbeit sind nicht immer eindeutig. Aufgrund der besonderen Situation im Bereich Flucht und Asyl, der großen Überforderung der Politik und Verwaltung, aber auch aufgrund geringer personeller Ressourcen bei den Träger_innen u.a. der Flüchtlingssozialarbeit übernehmen Ehrenamtliche manchmal Aufgaben, die eigentlich nicht durch ehrenamtliches Engagement erfüllt werden können und sollten.

Die Notwendigkeit der Abgrenzung zwischen haupt- und ehrenamtlicher Arbeit

Bestimmte Unterstützungsangebote für Geflüchtete müssen durch Staat, Länder bzw. Kommunen angeboten und finanziert werden. Die damit verbundenen Aufgaben und Tätigkeiten erfordern eine hohe fachliche und soziale Kompetenz, eine enorme Verbindlichkeit für die Professionalität und Stetigkeit sowie eine hohe Verweiskompetenz. Daher müssen sie von hauptamtlich Tätigen erfüllt und durch Staat, Land bzw. Kommune entlohnt werden.

Auch viele Ehrenamtliche professionalisieren sich im Laufe ihres Engagements und unterstützen Asylsuchende für eine gewisse Zeit viele Stunden pro Woche. Bei einigen geht das Engagement über die eigenen Kräfte hinaus. Doch besteht sowohl für die Professionalisierung als auch für die zeitliche Stetigkeit keine Verbindlichkeit. Gravierende Änderungen im Lebenslauf wie die Aufnahme eines Studiums, der Wechsel eines Jobs oder die Geburt eines Kindes können dazu beitragen, dass das eigene Engagement pausiert oder sogar endet. Hinzu kommt, dass es ein willkommenes Zeichen an Staat, Land, Kommune ist, wenn bestimmte Unterstützungsangebote nahezu kostenfrei von Ehrenamtlichen erfüllt werden. D.h. wenn bestimmte Beratungs- und Unterstützungsangebote ehrenamtlich organisiert sind, besteht einerseits die Gefahr der Entprofessionalisierung und andererseits der Minderung oder Streichung öffentlicher Mittel für Fachberatungsstellen, Flüchtlingssozialarbeit und dergleichen.

Die Lücken in der professionellen Unterstützung, Begleitung und Beratung von geflüchteten Menschen, die momentan existieren, können und dürfen nicht von Ehrenamtlichen geschlossen werden. Anderenfalls ginge das große Potenzial für die Gesellschaft, das vom ehrenamtlichen Engagement ausgeht, verloren. So betont Serhat Karakayali: *Die Integrationsleistung, die diese Initiativen erbringen können, lässt sich durch kein Integrationsgesetz und keinen Integrationskurs ersetzen. Sie [Die Ehrenamtlichen, Anmerkung der Autorin] müssen daher auch dort entlastet werden, wo ihre Arbeitskraft fehlt am Platze ist und wo staatliche Stellen Leistungen erbringen müssten. [...] Darüber hinaus bedeutet dies für die Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit, dass sie ein Defizit staatlicher Aufgaben ausgleichen müssen, während ihre Möglichkeiten, eine zivile Willkommengesellschaft aufzubauen, durch diese Aufgaben behindert werden.* (Karakayali, Serhat (2016): Willkommengesellschaft stärken. Handlungsempfehlungen zur Unterstützung ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit. In: <https://www.boell.de/sites/default/files/2016-06-boell-brief-willkommengesellschaft.pdf>, 6. Juli 2016)

Haupt- und ehrenamtliche Arbeit – Wo liegen die Grenzen?

Alle Aufgaben, die eine professionelle Verbindlichkeit sowie Kenntnisse u.a. fachwissenschaftlicher Grundlagen der Sozialen Arbeit, des Asyl- und Ausländerrechts sowie der sozialrechtlichen Rahmenbedingungen, unter denen Geflüchtete leben müssen, erfordern, müssen von hauptamtlich Tätigen erfüllt werden. Dazu gehören ebenfalls Aufgaben, die eine Kommunikations- und Beratungskompetenz voraussetzen.

(vgl. Alice Salomon Hochschule Berlin (Hrsg.) (o.J.): Positionspapier: Soziale Arbeit mit Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften -- Professionelle Standards und sozialpolitische Basis. In: www.fluechtlingssozialarbeit.de, 7. Juni 2016)

Konkret bedeutet das, dass eine umfassende soziale Unterstützung und Beratung sowie Verweisung an die Asylverfahrensberatung, Unterstützung bei Behördengängen, Information über Bildungsmöglichkeiten bzw. Vermittlung in Angebote, Vermittlung in Konfliktsituationen sowie Mitwirkung an der Erarbeitung einer Lebensperspektive der Geflüchteten von hauptamtlichen Flüchtlingssozialarbeiter_innen zu verrichtenden Tätigkeiten sind.

(vgl. Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen (2013): Empfehlungen für die Flüchtlingssozialarbeit im Freistaat Sachsen. In www.diakonie-sachsen.de/viomatrix/imgs/download/empfehlungen_fl__sozialarbeit.pdf, 7. Juni 2016)

Daneben müssen auch Aufgaben, die in die Bereiche der Unterbringung, Grund- und Gesundheitsversorgung sowie Übersetzungsarbeiten beispielsweise in Behörden fallen, von hauptamtlich Tätigen erfüllt werden.

All dies sind Bereiche, die durch den Staat, das Land oder die Kommune finanziert und angemessen entlohnt werden müssen. Daneben bleibt viel Platz für ehrenamtliches Engagement. Im Vordergrund stehen hier Begegnungen zwischen Einheimischen und Geflüchteten in unterschiedlichen Formen. So haben sich in vielen Orten Pat_innenschaftsprojekte entwickelt, die eine erste Orientierung für die Begleitung Geflüchteter im Alltag ermöglichen und Freundschaften entstehen lassen können. Menschen begegnen sich, verbringen Zeit miteinander und erhalten eine neue Perspektive. Wichtig dabei ist allerdings, dass Beratung, Begleitung und Vermittlung in Bildungs- oder andere Angebote nicht inhaltlicher Kern des Zusammenseins sein dürfen, sondern dass hier an Beratungsstellen bzw. zuständige Flüchtlingssozialarbeiter_innen weiterverwiesen wird.

Daneben bieten viele Initiativen Freizeitangebote wie Fußballspielen, Tanzen, Hausaufgabenhilfe, gemeinsame Museumsbesuche oder das Feiern von Sommer- oder anderen Festen an. Wichtig bei all diesen Aktionen ist es, Geflüchtete zu beteiligen und ihren Wünschen gemäß zu handeln. Neben den unterschiedlichsten sozialen Aktivitäten, die Geflüchtete und Einheimische zusammen unternehmen können, ist die politische Arbeit von großer Bedeutung. Denn sie kann dazu beitragen, das Leben von Geflüchteten nicht nur punktuell zu erleichtern, sondern ihre rechtliche Situation zu verbessern.

Ziel politischer Aktivitäten können hier einerseits bspw. die Aufklärung der Mehrheitsgesellschaft über die Lebenssituation von Geflüchteten oder mögliche Fluchtgründe und ihren Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen und militärischen Handeln der Industriestaaten sein. Andererseits ist es notwendig, kritisch auf die Flüchtlingspolitik des Bundes, der Länder und Kommunen zu schauen. Hier werden Entscheidungen getroffen, die massiven Einfluss auf das Leben Geflüchteter haben. So werden gegenwärtig Geflüchtete in ihren Rechten immer wieder durch neue restriktive Gesetze beschnitten, während viele Ehrenamtliche mit praktischem Helfen beschäftigt sind und kaum Raum

und Zeit bleiben, um gegen diese Verschärfungen zu kämpfen. Allerdings bedeuten rechtliche Einschränkungen neue Ungerechtigkeiten, die Ehrenamtliche aufzufangen versuchen. Es entsteht ein Kreislauf, der Geflüchteten am wenigsten nützt. Schließlich braucht es politische Initiativen, um Kommunen oder Landkreise auf Missstände und Lücken aufmerksam zu machen und eine Verbesserung der jeweiligen Situation zu fordern.

Politische Arbeit kann vielfältig gestaltet sein wie u.a. die Entwicklung von Ausstellungen, Filmen und anderer politisch-kreativer Bildungs- und Aufklärungsprojekte, das Organisieren von Demonstrationen, die Auseinandersetzung mit lokalen Politiker_innen und vor allem auch die Unterstützung der Selbstorganisation und gegebenenfalls des Protestes von Asylsuchenden.

Fazit

Ehrenamtlich Engagierte werden gebraucht. Sie können im Vergleich zu Flüchtlingssozialarbeiter_innen, Deutschlehrer_innen oder anderen Hauptamtlichen vor allem freundschaftliche Beziehungen zu Geflüchteten pflegen und so einen großen Beitrag zur sozialen Inklusion Geflüchteter leisten. Sie sind Ansprechpartner_innen, die keine Forderungen stellen, sondern sich mit Geflüchteten solidarisieren (sollten).

Die entscheidende Frage ist: Was bewirkt mein Engagement? Trägt meine Solidarität für Geflüchtete dazu bei, auf eine sich verschärfende Asylpolitik und auf die damit verbundenen Restriktionen aufmerksam zu machen und Geflüchtete darin zu unterstützen, für sich selbst einzustehen? Oder bin ich vor allem nützlich für Kommunen und Land, die aufgrund meines Engagements Ressourcen einsparen können? Bin ich Sand oder Öl im Getriebe des Asylsystems?

Bestimmte Aufgaben wie Flüchtlingssozialarbeit, Unterbringung sowie Grund- und Gesundheitsversorgung müssen von Hauptamtlichen geleistet und staatlich finanziert werden. Ehrenamtliche nehmen Lücken in der Betreuung und Versorgung von Geflüchteten gerade aufgrund ihrer freundschaftlichen Nähe zu Geflüchteten eher wahr als Hauptamtliche. Doch sollten sie diese nicht schließen, sondern darauf aufmerksam machen und ein Schließen durch Politik und Verwaltung einfordern. Nur so können sie den Bedürfnissen von Geflüchteten, aber auch ihren eigenen Bedürfnissen nachhaltig gerecht werden. Aufgrund ihrer großen Anzahl verfügen ehrenamtlich Engagierte über eine große Macht: Sie können Forderungen an Politik und Verwaltung stellen, damit sich die rechtliche sowie die Lebenssituation von Geflüchteten allgemein verbessert. Sie können eine umfassende und professionelle Flüchtlingssozialarbeit fordern, um Geflüchtete zu unterstützen und um sich selbst zu entlasten. Dafür müssen sie aber immer wieder sich selbst, ihre Motivation und ihre Rolle als Ehrenamtliche hinterfragen und ihr Ziel sollte es sein, sich selbst überflüssig zu machen - nicht als Freund_in, aber als Unterstützer_in und ehrenamtliche Sozialarbeiter_in, Deutschlehrer_in, Übersetzer_in o.ä.

Die Beiträge sind unter <http://www.weiterdenken.de/de/2016/05/03/rueckblick-zur-ta-gung-ehrenamt-im-spagat-was-engagement-fuer-gefluechtete-nicht-leisten> zu finden.



Fortsetzung von Seite 1

Als bürgerliche Bewegung gibt es KOD (Komitet Obrony Demokracji). Es ist ein Komitee, das sich zur Bewahrung der demokratisch-bürgerlichen Rechte gegründet hat, KOD entstand aus den seit den Parlamentswahlen letzten Oktober regelmäßig organisierten Demonstrationen und ist ein Zusammenschluss von unterschiedlichen Gruppen aus der Zivilgesellschaft, Parteien, und NGOs – die „Koalition Freiheit, Gleichheit, Demokratie“. Wir haben hier seit letzten Oktober jeden Samstag große Demonstrationen, das ist schon sehr beeindruckend, was sich da mobilisieren lässt. Gleichzeitig kann dieser Widerstand bis jetzt faktisch nicht viel verhindern. Das macht es unheimlich schwierig vorauszu sehen, wohin sich das entwickeln wird. Die PiS hält sich in den Umfragen, sie liegen weiterhin bei über 30%. Trotz der Entmachtung des Verfassungstribunals und des Umbaus der öffentlich-rechtlichen Medien in „Staatsmedien“ punkten sie wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch bei vielen Bürgern weiterhin. Mindestlohn, Absenkung des Rentenalters, Reform des Gesundheitswesens, Durchsetzung der Elternzeit, zusätzliches Kindergeld – das haben sie fest angekündigt, das setzen sie auch um, und das will die Mehrheit der Gesellschaft. Die Entmachtung des Verfassungstribunals juckt den durchschnittlichen Bürger nicht unbedingt. Das interessiert die politischen, intellektuellen Eliten, die regen sich sehr auf, sie sind aber auch wie in allen Ländern die Minderheit. Steigender Wohlstand steht mehr im Fokus der Bevölkerung. Aber momentan ist die noch positive ökonomische Entwicklung eigentlich der Erfolg der Vorgängerregierung. Die jetzige Regierung ist noch nicht mal ein Jahr im Amt. Viele Aktionen schrecken schon ausländische Investoren ab: dass sie alles renationalisieren und zusätzliche Schranken für ausländische Investitionen einrichten wollen. Viele Bereiche sollen zurückgekauft werden, die im Zuge von Privatisierung ans Ausland gegangen sind. Diese ganzen Schlagworte der PiS: „Wir kaufen unsere Supermärkte zurück!“, „Wir kaufen unsere Banken zurück!“, „Wir kaufen was auch immer zurück!“, das gefällt vielen – kann aber auch negative Konsequenzen haben. Der Zloty ist gefallen, seit die PiS an der Macht ist, und Auslandsinvestoren ziehen sich zurück. Das interessiert aber bisher leider nur Fachexperten.

Diese ökonomische „Renationalisierung“ ist auch eine Parallele zur Brexit-Diskussion. Wird der Brexit in dem Zusammenhang auch in Polen diskutiert?

Der Brexit hat hier in Polen viele sehr erschreckt. Es leben über eine Million Polen in England, und das, was jetzt hier die Gemüter umtreibt, ist, welche Rechtssicherheit oder Rechtssituation sie dann dort in England haben. Dürfen sie bleiben? Auf welcher rechtlichen Grundlage? Das wird hoch und runter debattiert. Diese Parallele zur ökonomischen Dimension wird vielleicht in bestimmten Fachkreisen diskutiert, aber nicht im großen Stil und auch kaum in den öffentlichen Medien. Eine größere Rolle spielt auch die sicherheitspolitische Komponente. Die Polen beanspruchen ja hauptsächlich das angelsächsische Sicherheitsnetz für sich. Der Hauptsicherheitsgarant für ihre Sicherheit sind immer noch die USA, und danach kommt sozusagen die NATO, aber auch wiederum nur wegen der USA. Zu diesem Dreieck kommt Großbritannien dazu, weil es im 2. Weltkrieg eine wesentliche Rolle bei der Befreiung Polens gespielt hat. Deswegen ist es für die Polen eher eine Bedrohung dieser Sicherheitslage, wenn England gefühlt aus dem Kreis der europäischen Staaten

„raus“ ist. Polen strebt einen Zusammenschluss von starken Nationalstaaten an, von souveränen Nationalstaaten. Das ist das Bild einer EU, das die PiS hat. Sie wollen eine starke EU, die aber ihre Stärke aus der Grundlage starker souveräner Staaten zieht. Das ist ja auch das Modell, das England befürwortet hätte. Das ist genau der Kontrapunkt zu dem Integrationsmodell, wie Deutschland und Frankreich die EU gerne sehen würden.

Welche Rolle spielt das Agieren der EU in Bezug auf die umstrittene Justizreform und das neue Mediengesetz in Polen?

Die Wächterposition der EU wird viel diskutiert. Vor allem von den Oppositionsparteien wird das aufgegriffen. Es ist eine gute Unterstützung für die demonstrierenden Bürger, für die KOD-Bewegung, für die gesamte Oppositionsbewegung. Die PiS selber lässt sich davon momentan wenig beeindrucken. Die ziehen ihren Plan durch und lassen sich von nichts ablenken. Wir hatten gerade den NATO-Gipfel in Warschau Anfang Juli und gleich darauf folgend den Papstbesuch im Rahmen des katholischen Weltjugendtages in Krakau. Hier war klar, dass Polen sich zunächst rein positiv darstellen möchte und keine kontroversen Schlagzeilen diese globalen Veranstaltungen überschatten sollten. Einen Tag nachdem der Papst abgereist war, lag die neue Gesetzesvorlage für die Ordnung des Verfassungstribunals dem Parlament vor, gleich anschließend war sie bereits vom Präsidenten unterzeichnet.

Welche Veränderungen in der Kultur- und Medienlandschaft lassen sich jetzt schon erkennen?

Ein Beispiel ist der Streit um das Konzept des neuen Museums zum 2. Weltkrieg, das in Danzig entsteht. Das Konzept steht jetzt schon seit Jahren, und bis zum 20. Dezember 2016 sollte die Dauerausstellung fertiggestellt werden. Und nun versucht der Kultusminister zu intervenieren, indem er wieder neue Gutachten zum Konzept des Museums erstellen ließ. Diese Gutachten wurden aber von Personen erstellt, die schon seit Jahren das Konzept kritisiert hatten und wo voraussehbar war, wie diese Gutachten aussehen werden. Das sind enorme Eingriffe. Die neuste Entwicklung ist nun noch, dass, um die Leitung des Museums vorzeitig entlassen zu können, das Museum des 2. Weltkrieges mit dem Westerplatte-Museum zusammengeschlossen wurde. Der neue Direktor Prof. Zbigniew Wawer leitet zur Zeit das Museum der polnischen Armee.

Die Situation in den Medien ist sehr erschreckend. Die Öffentlich-Rechtlichen werden systematisch umgebaut zu Nationalmedien (media narodowe), quasi zu Staatsmedien. Ich finde es bedenklich zu erleben, was da für eine Propagandamaschine läuft. Alles, was die Regierung macht, wird positiv dargestellt und die anderen, Demonstrierende und Oppositionsparteien, werden so dargestellt, als ob sie den Staat zerstören wollten. Es werden auch immer Live-Interviews auf diesen Demonstrationen geführt und dann so dargestellt, als wären es Halb-Verrückte, die da auf der Straße stehen.

Aber das, was mir die größten Sorgen bereitet, ist der Kulturkampf, der hier tobt. Es ist wirklich eine komplett gesplante Gesellschaft. Es gibt zwei komplett parallele Realitäten, die aufeinander stoßen. Man hat seine eigene politische Realität und empfindet den anderen als nicht diskussionsfähig. Es fehlen Ansätze, wie sich eine neue Streitkultur, eine neue politische demokratische Debattenkultur entwickeln kann – so, dass Andersdenkende auch miteinander konstruktiv und produktiv Streit austragen können. Wie man das entwickeln kann

ist das, was mich am meisten umtreibt.

Wie verändert diese Herausforderung Euer Arbeiten als Heinrich-Böll-Stiftung in Polen?

Unsere neue Rolle müssen wir jetzt weiter definieren, es hat sich tatsächlich einiges verändert. Wir Bölls als Institution spüren zunächst keine direkten Konsequenzen. Auch die PiS-Regierung redet mit uns, das kommt immer auf das Thema an. Zum Beispiel gibt es bei der Energiepolitik trotz aller Differenzen auch Anknüpfungspunkte. Die PiS hat vor allem viele Anhänger im ländlichen Raum, die auch gegen Schiefergasbohrungen opponierten oder großes Interesse an erneuerbaren Energien und Prosumer-Konzepten zeigen, vor allem wegen der erwarteten nachhaltigen Autonomieförderung. Das war mit der PO-Vorgängerregierung keineswegs einfacher, die ausschließlich auf Kohle setzte und in die Zukunft schauend in nukleare Energie und Schiefergas investieren wollte und wenig Interesse an unseren Angeboten aufbrachte. Außen- und sicherheitspolitisch gibt es auch Berührungspunkte. Gerade wenn es um die Russland- und Ukraine politik geht, sind wir auf jeden Fall dialogfähig und mit unserer Expertise gefragt.

Wir arbeiten weiterhin mit unseren Partnern, die ja hauptsächlich aus dem zivilgesellschaftlichen und NGO-Bereich kommen. Wir fördern lokale Projekte, wir entwickeln mit Partnern zusammen Konzepte, bieten Diskussionsräume. Wir sind vor allem auch vermittelnd tätig, wir stärken Netzwerke, wir organisieren Studienreisen, wir holen Expertise aus dem Ausland hierher oder bringen hiesige ins Ausland. Eins der Probleme ist aber, dass viele Gruppen jetzt zunehmend in Finanzierungsschwierigkeiten kommen und Überlebenskämpfe ausfechten, weil die staatliche Förderung der Zivilgesellschaft zurückgefahren wird. Wir können aber keine direkte Institutionenförderung für NGOs betreiben. D.h. wir können keine Gehälter zahlen oder die Infrastruktur im Büro, wir arbeiten projektbasiert. Wir versuchen eine basale Unterstützung zu organisieren bspw. durch Workshops „Wie kommt man an EU-Fördermittel heran?“, „Wie von der Privatwirtschaft Unterstützung für unterschiedliche zivilgesellschaftliche Gruppen bekommen?“ etc. Aber das sind alles noch Anfänge.



Irene Hahn-Fuhr

Es ist noch nicht die Situation, dass irgendjemand Angst hätte sich zu engagieren. Deswegen kann Polen in diesem Bezug noch bei weitem nicht mit der Türkei oder Russland verglichen werden. Keiner hat hier Bedenken, bestimmte Themen anzusprechen. Es gibt keine politischen Gefangenen. Davon sind wir sehr weit entfernt. In dem Sinne ist die Zivilgesellschaft bisher nicht als solche unmittelbar unter Druck, wohl aber erzeugt der Disput um das Verfassungsgericht Rechtsunsicherheit, →

und eben die finanzielle Situation. Wenn sich Gruppen durch ausländisches Kapital finanzieren lassen, können sie sich mit Fragen wie „In welchem Interesse arbeitet ihr?“ konfrontiert sehen. Für uns als Heinrich-Böll-Stiftung stellt sich die Aufgabe, weiter ganz klar auf der Seite der Zivilbevölkerung zu stehen, aber eben auch nicht alle Gesprächsfäden zu Regierung abreißen zu lassen. Es ist wichtig, immer authentisch zu bleiben und für alle offen zu argumentieren, warum man was macht. Solange man es nachvollziehbar erklären kann, findet es auch meistens Zustimmung.

Wie siehst Du die Lage und Arbeit der Oppositionsparteien und oppositionellen Strukturen? Das Komitet Obrony Demokracji (KOD) ist wichtig, aber natürlich keine Partei. Sie sind darauf konzentriert, erst einmal Widerstand zu leisten und

anzuprangern. Sie sind schon oft gefragt wurden, ob sie eine Partei gründen wollen und haben das bisher immer verneint. Das wäre wahrscheinlich schwierig, weil sie eine sehr heterogene Gemeinschaft sind. Aber das waren die Grünen früher auch, das muss per se nicht dagegen sprechen. Die „Partia Zieloni“, die Grüne Partei, hat es in Polen noch relativ schwer. Als Grünen-nahe Stiftung versuchen wir, das Grüne Umfeld zu stärken und bieten Workshops, Akademien etc. an. Sie müssten sich als Partei aber wohl thematisch noch breiter aufstellen, bisher agieren sie nach außen wahrnehmbar hauptsächlich umweltpolitisch. Bei der „Platforma Obywatelska“ ist bisher wenig inhaltliche Strategie in Sicht, interne Machtkämpfe überschatten konkrete Konzepte, die über ein „Alles was wir vorher gemacht haben, war gut, alles was jetzt läuft, ist schlecht.“ politisch hinaus

gehen. Die „Nowoczesna“ stellt sich da für einige Wähler als kleiner Hoffnungsschimmer dar. Sie sind jedoch bisher sehr konzentriert auf ökonomische und liberale Themen, was auch noch nicht allumfassend ist. Zum Beispiel sind hier die sehr wichtigen sozialpolitischen Themen noch unterrepräsentiert. Darauf gibt es bei der Opposition noch zu wenig Antworten, außer dass postuliert wird, dass das zusätzliche Kindergeld oder die Herabsetzung des Rentenalters sich nicht finanzieren lassen. Damit wird allein die ökonomische Dimension aufgemacht, warum das nicht funktionieren kann. Unter anderem deswegen hat die PiS eben auch so starken Zuspruch: weil die anderen Parteien es nicht vermögen, konkrete Alternativen – vor allem sozialpolitisch – zu ihrem Programm zu bieten. Das ist das eigentlich Besorgniserregende.

○

Viele Kämpfe und vielleicht einige Siege Das Projekt RomaRespekt – eine Publikation

Kathrin Krahle und Antje Meichsner, Projekt RomaRespekt bei Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Auschwitz ist der bekannteste Ort der Verbrechen der Deutschen und deren Kollaborateur/innen während des Zweiten Weltkriegs. Auch an diesem Ort kämpften Sinti_itze und Rom_nja gegen ihre Vernichtung. Als die SS am 16. Mai 1944 die noch am Leben gebliebenen Sinti_itze und Rom_nja-Häftlinge in den Gaskammern ermorden wollte, widersetzten sie sich mit im KZ selbstgebaute Waffeln. Sie verbarrikadierten sich und konnten ihre Vernichtung vorerst verhindern. Nach Selektionen löste die SS das Lager in der Nacht vom 2. auf den 3. August jedoch gänzlich auf. Obwohl die zurückgebliebenen zweitausendneun Menschen keine Chance gegen diese Übermacht hatten, widerstanden sie bis zuletzt und überlebten teilweise dadurch.

Auschwitz ist nur einer der Orte, an denen Rom_nja und Sinti_itze ermordet wurden. Im NS-besetzten Europa wurden sie stigmatisiert, konzentriert, verfolgt und vernichtet. Dass wir heute darüber sprechen und daran erinnern, verdanken wir den Kämpfen der Bürgerrechtsbewegung der Rom_nja und Sinti_itze in den 1980er Jahren. Diese Verfolgungsgeschichte musste von der Minderheit ins gesellschaftliche Bewusstsein der Mehrheitsgesellschaft hineinprotestiert werden. Noch heute sind diese Kämpfe aktuell – z. B. in Lety, Tschechien, womit sich unser tschechischer Kooperationspartner Konex und die lokale Gruppe gegen Antisemitismus beschäftigt.

Die Entnazifizierung nach dem Ende des Krieges ist eine Geschichte des Scheiterns, wenn man auf die Kontinuitäten der Verfolgung der Rom_nja und Sinti_itze blickt. Die Verfolger_innen konnten an vielen Orten und in vielen Institutionen in ihren Funktionen bleiben. Die wenigen Überlebenden der Lager kamen zurück in ein teilweise feindliches Umfeld – die Mehrheitsdeutschen hatten nicht mit ihrem Gadj-Rassismus gebrochen. Die Geschichtswissenschaften haben sich dem Schicksal der Überlebenden nicht zugewandt. Daraus ergibt sich, dass die Geschichte der Verfolgung im Nationalsozialismus noch immer recherchiert, archiviert und geschrieben werden muss. RomaRespekt beteiligt sich an der Aufarbeitung

der Lokalgeschichte in diesem Feld.

Wir schauen auch auf die Gegenwart und damit zurück auf über 70 Jahre nach dem 2. Weltkrieg und auf mehr als 25 Jahre nach dem Ende des real existierenden Sozialismus. Die Rassismen haben ihren Weg in die Gegenwart gefunden. So waren es Rom_nja in Rostock, die 1992 während der nationalistischen Wiedererstarkung Deutschlands in Lichtenhagen bei den Pogromen als erstes angegriffen wurden. Dadurch und durch die rassistischen Pogrome von Hoyerswerda im Jahr 1991 fühlte sich die rechtsradikale Szene bestärkt. Die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl gab ihnen weiteren Rückenwind. Unter ihnen sind auch die Mitglieder des selbsternannte NSU, der sich nicht umsonst „nationalsozialistisch“ nennt. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den NSU und deren Morde kam und kommt der institutionelle Rassismus deutscher Behörden zum Tragen. Bei der Ermordung der Polizistin Michèle Kiesewetter 2007 führe die Spur ins „Zigeunermilieu“, zitierte der Stern damals einen anonymen Ermittler. Um dann den Verdacht gegen eine ganze Minderheit zu steigern ergänzt er: „Schließlich hielten sich an jenem verhängnisvollen 25. April mehrere Sinti- und Roma-Familien mit ihren Wohnwagen keine hundert Meter vom Tatort entfernt auf der Theresienwiese auf. Doch niemand will etwas gesehen haben.“ Nach dem Offenlegen dieser rassistischen Denkstrukturen kommen im NSU-Verfahren in München anschließend noch rassistische Aktenvermerke an die Öffentlichkeit. Der Zentralrat der Deutschen Sinti und Roma kritisierte einen dieser Vermerke. Dieser berichtet über das Vorhaben eines Lügendetektortestes bei einem der o.g. Rom_nja, der als potentieller Tatverdächtiger vernommen werden sollte. Der angefragte Psychologe lehnte die Durchführung des Tests in antisemitischer Weise ab, weil er den Mann für einen „typischen Vertreter seiner Ethnie“ halte. Das bedeute, dass „die Lüge einen wesentlichen Bestandteil seiner Sozialisation darstelle“. Hier wird das Wort Ethnie bzw. Rasse durch Sozialisation ersetzt, folgt aber

den tradierten rassistischen Bildern aus dem NS bis in die Gegenwart – vom biologistischen Rassismus zum Kulturrassismus. „Es hat bis heute kein Wort der Entschuldigung oder Richtigstellung gegenüber unserer Minderheit gegeben“, sagt Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats der deutschen Sinti und Roma.

Zeitgenössische Solidarität

Wie wir mit wem, ob oder wann zusammen arbeiten sollen, ist eine Frage, die in ganz besonderer Weise die Solidarisierung und die gemeinsamen politischen Kämpfe adressiert. Zuerst problematisierten Feminist_innen vermeintliche Gleichheiten bzw. gleiche Grundvoraussetzungen und Realitäten. bell hooks³ schreibt, dass es eine Vision von Schwesternschaft gäbe, die die Unterschiede der vielfältigen und komplexen Realitäten „der Frauen“ verdeckt und mystifiziert. In diesem Wissen aber – bemüht um gemeinsame Kämpfe und Solidarität – ist RomaRespekt ein gemeinsames Projekt in Unterschiedlichkeit. Nira Yuval-Davis schreibt dazu: „Mit ‚transversaler Politik‘ wird der Schein von Einheit und Homogenität durch Dialoge ersetzt, die sowohl die spezifische Positionierung der Teilnehmenden als auch das ‚unabgeschlossene Wissen‘, das aus jeder spezifischen Position heraus entwickelt werden kann, berücksichtigen. Transversale Politik geht trotzdem nicht davon aus, dass der Dialog jede/n einschließen kann oder dass jede_r Interessenkonflikt versöhnbar sei – obwohl Jindi Pettman darauf hinweist, dass es, fast immer Möglichkeiten für rücksichtsvolles oder wenigstens tolerables persönliches, gesellschaftliches und politisches Engagement gibt. Die Botschaft selbst und nicht der/die Botschafter_in bestimmt die Grenzen des transversalen Dialogs. Anders ausgedrückt, differenziert transversale Politik zwischen gesellschaftlicher Identität und gesellschaftlichen Werten und geht von dem aus, was Alison Assiter die ‚Erkenntnisgemeinschaft‘ genannt hat, die gemeinsame Wertesysteme teilt und über unterschiedliche gesellschaftliche Positionen und Identitäten hinweg existieren kann. Der

Kampf gegen Unterdrückung und Diskriminierung mag sich zwar vor allem um eine spezifische Kategorie drehen (und tut dies meistens auch), ist doch aber niemals auf diese Kategorie beschränkt“. So sind im Projekt RomaRespekt über die Kooperation mit dem Verein Romano Sumnal und unseren Kollegen Gjulner Sejdi auch Roma Persönlichkeiten und Perspektiven Teil unserer transversalen Solidarität.

Um nochmal auf die Frage vom Anfang dieses Textes zurückzukommen: Wie kann es sein, dass in Deutschland oder kurz vor seinen Grenzen Rom_nja noch einmal in Lagern untergebracht werden? Darauf folgt sofort eine weitere: Wie kann es sein, dass Rom_nja abgeschoben werden? Und Miltiades Oulios erweitert das Fragenspektrum zur Überwindung der Abschiebepolitik:

Wie kann man Freizügigkeitsrechte so erweitern, dass niemand unter Abschreckpolitik und Abschiebung leiden muss? Wie können wir in Zukunft verhindern, dass Menschen jahrelang ohne Aufenthaltsrecht und mit der ständigen Angst vor Abschiebung in diesem Staat leben?“ Die Rechtsanthropologin Julia Eckert ergänzt: „Warum diskutieren wir überhaupt, ob Roma einen Asylanspruch haben? Wieso gab es für Roma nie eine Kontingentflüchtlingsregel wie beispielsweise für die Juden aus der ehemaligen Sowjetunion? Unsere Schuld gegenüber Roma ist die gleiche wie gegenüber Juden. Warum haben wir ihnen nie eine sichere Bleibe hier geboten? [...] Dass Roma aus den Ländern des Balkans zu uns kommen, liegt nicht an politischer Verfolgung aufgrund von individuellem politischen Engagement, das ist wohl wahr. Es liegt daran, dass Roma nach dem Zusammenbruch des Sozialismus die Ersten waren, die ihre Arbeit in den sozialistischen Staatsbetrieben verloren; dass sie deswegen und aufgrund von nachhaltiger rassistischer Ausgrenzung in den Ländern, in denen sie leben, vielfach in elenden Umständen leben und keine Chance haben, diese zu verbessern; dass sie nach wie vor in gewaltigem Ausmaß rassistischer Anfeindung und tätlichen Angriffen ausgesetzt sind. Dass sie zu uns kommen, liegt also darin begründet, dass sie dort, wo sie leben, individuell

und als Gruppe von einem vielschichtigen Rassismus betroffen sind. Und daher ein Schlussplädoyer der Roma-Community in Thüringen von Chani Cangovic: „Jede Abschiebung ist ein Verbrechen. Deshalb fordern wir einen sofortigen allgemeinen Abschiebestopp. Weiterhin fordern wir die Rückholung der bereits Abgeschobenen und ihre Entschädigung.“

Viele Kämpfe und vielleicht einige Siege



Viele Kämpfe und vielleicht einige Siege.
Texte über Antirromismus und historische Lokalrecherchen zu und von Roma, Romnja, Sinti und Sintezza in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Tschechien.
Herausgegeben von Kathrin Krahel und Antje Meichsner im Projekt RomaRespekt von Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Der Sammelband *Viele Kämpfe und vielleicht einige Siege* versammelt Aufsätze von Autor_innen aus Aktivismus und Selbstorganisation, Wissenschaftler_innen, politische Bildner_innen, Künstler_innen, Community-Arbeiter_innen und politische Kämpfer_innen. www.weiterdenken.de zum Download zu Verfügung.

Was weiß ein Radiopublikum, das meist aus

Gadje, aus Personen der Mehrheitsgesellschaft besteht, vom Leben, von Wünschen, von Interessen der Rom_nja und Sint_ezze? Viel von diesem „Wissen“ sind jahrhundertealte falsche Bilder, der Realität entbehrende Klischees – antiromaistische Stereotype. Diese nerven, machen reale Personen unsichtbar, grenzen aus oder äußern sich sogar gewaltsam.

Radio RomaRespekt

Radio RomaRespekt sendet gegen das überkommene antiromaistische Stereotyp.

In Radio RomaRespekt sprechen Sint_ezze und Rom_ja als Expert_innen ihrer Interessen, als Wissenschaftler_innen, Künstler_innen, als Individuen mit selbstgewählten und komplexen Identitäten, als politisch aktive Kämpfer_innen für Respekt, Bürger_innenrechte und menschenwürdige Lebensbedingungen, als Menschen. Auch solidarische Personen, die die Kämpfe von Rom_nja und Sint_ezze unterstützen oder Antirromismus kritisch reflektieren, kommen zu Wort. Radio RomaRespekt sammelt und verbreitet Wissen – nicht nur Expert_innenwissen sondern Erfahrungswissen aus politischen Kämpfen und aus gelebten Leben.

→ Jeden ersten Sonntagnachmittag im Monat von 18 bis 19 Uhr sendet „Radio RomaRespekt“ bei coloRadio 98,4 & 99,3 Mhz in Dresden und ist jederzeit nachhörbar auf <http://www.weiterdenken.de/de/radio-romarespekt>



Migration & Diversity

Die polarisierte Mitte - Mitte-Studie 2016

Michael Stognienko, Heinrich-Böll-Stiftung und Stefan Schönfelder, Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Die Leipziger Mitte-Studie 2016 „Die enthemmte Mitte - Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland“ von Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler (Hg.) fördert einen auf den ersten Blick überraschenden Befund zu Tage. Hinsichtlich der Verbreitung der klassischen politischen Einstellungen, die Rechtsextremismus charakterisieren, macht die aktuelle Erhebung nur geringfügige Änderungen zur letzten Studie 2014 aus. Die Antworten auf die Fragen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zeigen eine Abnahme generalisierter Vorurteile. Gleichzeitig sind ablehnende Haltungen gegenüber Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und auch gegenüber Sinti und Roma gewachsen, wie auch die Islamfeindschaft. Die völkisch-rassistische Rechte formiert sich neu. Die Befragung zeigt eine stärkere Bereitschaft zum Bekenntnis zu antipluralistischen und autoritär-völkischen Gesellschaftsvorstellungen. „Ich bin Rechts“ ist kein Stigma mehr und wird zur Selbstbeschreibung selbstbewusst genutzt. Mit der AfD

hat dieser Teil der Gesellschaft – der offensichtlich relativ stabil in seinen Einstellungen ist - einen Katalysator und eine politische Ausdrucksform gefunden und ist dadurch sichtbarer geworden und handelt offen. Die jüngsten Veränderungen im Parteiensystem mit den Wahlerfolgen der AfD, scheinen weniger mit einem Anstieg fremdenfeindlicher und autoritärer Einstellungen in der Gesellschaft erklärbar sondern deutlich mehr mit dem Auftreten dieses neuen politischen Akteurs, der diese Einstellungen enttabuisiert und öffentlich vertretbar macht.

Gleichzeitig lässt sich eine Polarisierung der gesellschaftlichen Mitte aus den Befunden der Studie ableiten. Zum einen ergibt sich aus den Befragungen eine Radikalisierung einzelner Teile – zum anderen kann man eine Zunahme der demokratischen Einstellungen in der Mitte nachweisen. Antipluralistische, völkische Gruppen sind sichtbarer geworden – wie auch gewachsene demokratische Milieus. Allerdings finden auch große Teile der Be-

fragten keine klare Haltung zu rassistischen Phänomenen. Deutlich wird das unter anderem an der Einstellung zu den *gida-Bewegungen. Knapp die Hälfte der Deutschen (45,3%) positioniert sich zwischen den beiden Polen derjenigen, die die Ziele von Pegida überhaupt nicht befürwortet, und der kleineren, die diese Ziele vollkommen teilt. Positiv gewendet könnte man diese Mitte auch als offenes Feld beschreiben und als besondere Chance und Herausforderung für die politische Kommunikation. Diese Mitte (die schwankend oder nicht wählt) zu gewinnen heißt nicht, sich als Partei und politische Akteur*in selber in eine unklare Mitte zu begeben, sondern die Menschen zwischen den Polen mit klaren Angeboten für eine plurale, emanzipatorische und solidarische Politik zu gewinnen. Die Ablehnung einzelner Gruppen – Muslime, Geflüchtete, Sinti und Roma – ist in seiner Dimension alarmierend und reicht bis weit in die Bevölkerungsteile, die sich als Mitte oder links beschreiben.

Tabelle 4: Abwertung von Sinti und Roma

	2014	2016
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten.	55,4	57,8
Sinti und Roma sollten aus den Innen-städten verbannt werden.	47,1	49,6
Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.	55,9	58,5

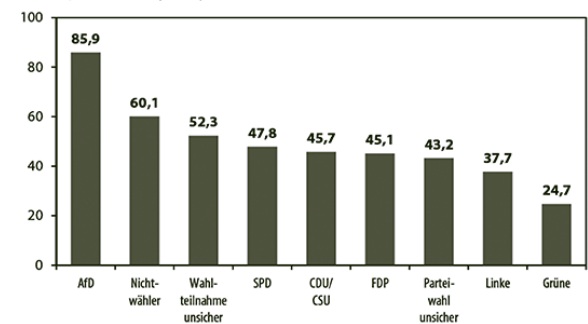
Prozentsatz derjenigen, die den Aussagen »eher« oder »voll und ganz« zugestimmt haben

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Otto
Brenner
Stiftung

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Grafik 15: Zustimmung zur Aussage „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ und Parteipräferenz (in %)



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Otto
Brenner
Stiftung

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Die hohe Zustimmung zu autoritären Gesellschaftsformen, eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit dem realen Wirken von Demokratie und die Abwertung sozial schwacher Gruppen sind nicht allein aus sozioökonomischen Situationen zu begründen. Offensichtlich führt ein Komplex aus ungerechter ökonomischer Teilhabe, politischer Exklusionen und Verunsicherungen in Bezug auf soziale Zugehörigkeit in der globalisierten Moderne zu antimodernen, antipluralistischen und völkisch-nationalistischen Affekten. Die Entwicklung starker Institutionen der sozialen Absicherung und ökonomischen und politischen Teilhabe und eine deutliche Kommunikation dazu sind mögliche Antworten grüner Politik zu dieser Entwicklung. Als politische Stiftung nehmen wir es angesichts

weiter gesunkenen Vertrauens in Parteien und politische Institutionen als unsere besondere Aufgabe an, hier weiter Veränderungs- und Entwicklungsvorschläge zu machen.

Auch für die besondere Situation in Sachsen gibt uns die Studie einige Hinweise. Die Zahlen machen deutlich, dass die *gida-Gruppen keine Sammlung besorgter oder vorrangig sozioökonomisch abgehängter/ prekärer Menschen sind. Die vorrangigen Motive sind ein völkisches, antipluralistisches Weltbild und ein starker antimuslimischer Rassismus. Die Auseinandersetzung ist deshalb im politischen Raum zu suchen und nicht in entpolitisierten Dialogen und psychotherapeutischen Ansätzen.

Die „Mitte-Studien“ der Universität Leipzig wer-

den von einer Arbeitsgruppe um Elmar Brähler und Oliver Decker seit 2002 durchgeführt, bis 2012 gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Nunmehr liegt mit der „Mitte-Studie 2016“ die aktuelle Erhebung vor. Damit steht eine Langzeitbeobachtung für die politische Diskussion und Bildungsarbeit zur Verfügung, die autoritäre und rechtsextreme Einstellungen im Zeitverlauf abbildet. Die aktuelle Studie entstand in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Otto Brenner Stiftung.

Die Mitte-Studie 2016 ist im Psychosozial Verlag erschienen, eine Präsentation der Ergebnisse und ein großer Teil der Studie ist auf der Seite von Weiterdenken veröffentlicht. ○

Diskriminierung & Neonazismus

„Diken na bistren“ – „Look and don't forget“ Eine Gedenkfahrt nach Auschwitz-Birkenau von Romano Sumnal

Petra Cagalj Sejdi und Gjulner Sejdi, Romano Sumnal e.V.

Der 02. August ist ein trauriger Tag in der Geschichte der Roma und Sinti Europas. An diesem Tag wurde 1944 das „Zigeunerlager“ in Auschwitz aufgelöst, die noch arbeitsfähigen Menschen wurden in andere Lager weiter verschleppt. Alle Verbliebenen wurden in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 ermordet. Es waren 2897 Männer, Frauen und Kinder.

Durch den Erlass Himmlers am 16.12.1942 wurde die Deportation aller im Reichsgebiet lebenden Roma und Sinti und die Errichtung eines „Zigeunerlagers“ in Auschwitz / Birkenau beschlossen. Schon im Februar 1943 kam es zu den ersten Deportationen – hauptsächlich Familien mit Kindern – nach Auschwitz. Insgesamt wurden 20.943 Roma und Sinti nach Auschwitz verschleppt. Mehr als die Hälfte der Häftlinge starben im Lager an Mangelernährung, Krankheiten, durch die Folgen medizinischer Experimente oder wurden erschossen und vergast. Im „Zigeunerlager Auschwitz“ wurden 371 Kinder geboren, von denen keines überlebte. Bei einem großen Teil der Häftlinge ließen sich später die einliefernden Polizeidienst-

stellen und deren „Dienststellen für Zigeunerfragen“ identifizieren, in dieser Liste der deutschen Städte stehen auch Leipzig, Erfurt, Weimar und Halle. In Leipzig wurde die Polizei vor allem vom Ethnologischen Institut der Universität Leipzig unterstützt.

Nach Schätzungen wurden im nationalsozialistisch besetzten Europa 500.000 Roma und Sinti ermordet. Am 2. August wird dem Genozid an den Roma und Sinti gedacht und ist in Polen seit einigen Jahren ein staatlicher Gedenktag. Leider haben sich bisher weder Deutschland noch andere EU-Staaten dieser Tradition angeschlossen. Der Genozid an den Sinti und Roma bleibt nach wie vor ein tabuisiertes trauriges Thema.

Seit mehreren Jahren treffen sich Sinti und Roma aus ganz Europa an diesem Tag in Auschwitz und gedenken gemeinsam ihren Opfern. Aus Polen, Ungarn, Österreich, Frankreich und Deutschland reisten auch in diesem Jahr wieder Überlebende und deren Angehörige an und gedachten zusammen mit polnischen Regierungsvertretern den Er-

mordeten. Für uns, die Vertreter des Roma-Vereins Romano Sumnal, war es die erste Teilnahme an dieser Gedenkfahrt. Und die erste Möglichkeit Roma und Sinti zu treffen, die die Hölle Auschwitz überleben konnten. Der Lebenswille, die Kraft und die Zuversicht dieser Menschen, die sich auch in all den Jahren nach dem Krieg von



Zeitzeugengespräch - Sinti und Roma Jugendliche gemeinsam mit P. Höllenreiner, Auschwitz
Foto: Romano Sumnal

Antiziganismus und Unterdrückung nicht unterkriegen lassen und weiterhin beharrlich für ihre Rechte und die Gleichberechtigung der Roma und Sinti in Deutschland und Europa kämpfen, haben uns stark beeindruckt und wirken noch immer nach.



2. August 2016, Kranzniederlegung, Foto: Romano Sumnal

Wie in den vergangenen Jahren wurde auch in diesem Jahr wieder eine Jugendbildungsfahrt zu diesem Anlass organisiert. Die Woche, die unter dem Titel „Diken na bistren“ - „Look and don't forget“ vom Internationalen Roma Jugendnetzwerk TERNYPE und dem Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma gestaltet wurde, wurde auch dieses Jahr wieder von mehr als 300 jugendlichen Roma und Nicht-Roma aus ganz Europa besucht. Ein besonderer Höhepunkt der Jugendbildungsfahrt waren die Begegnungen mit Zeitzeugen, wie zum Beispiel dem Auschwitzüberlebenden Peter Höllenreiner, der nach mehr als 70 Jahren zum ersten mal wieder an diesen schrecklichen Ort zurück kam und den jungen Roma und Nicht-Roma vor allem eines mitgeben wollte: Egal woher ein Mensch kommt und wer er ist, man muss allen Menschen gleich gegenüber treten und darf niemanden dafür unterdrücken, dass er anders ist als man selbst. Höllenreiner, der im Alter von drei bis sechs im KZ leben musste und gemeinsamen mit seinen Geschwistern zu den Kinder gehörte, die vom Lagerarzt Mengele zu grausamen medizinischen Versuchen missbraucht wurden, erzählte aber vor allem eines: Die Zeit in

Auschwitz sei schlimm gewesen, noch viel stärker habe ihn aber die Diskriminierung und Unterdrückung traumatisiert, die er während seiner Kindheit und Jugend nach dem Krieg in München erleben musste. Diese sei bis heute existent und Höllenreiner gab den jugendlichen Roma und Sinti mit auf den Weg stark zu sein und ihre Zugehörigkeit und Kultur nicht zu verstecken.

Auch aus Sachsen waren Vertreter des Roma Vereins Romano Sumnal zur Gedenkfeier und zur Jugendbegegnungsfahrt eingeladen. Leider konnten die jungen Mitglieder des Vereins nicht an der Fahrt teilnehmen. Drei von Ihnen leben mit einer Duldung in Deutschland, ihnen wurde die Ausreise nach Polen nicht gestattet. Trotz wochenlangem Bemühungen des Zentralrats der deutschen Sinti und Roma, des Dokumentationszentrums, des Vereins Romano Sumnal und vieler prominenter Unterstützer aus Politik, Kirche und Gesellschaft in Sachsen, konnte die Leipziger Ausländerbehörde nicht umgestimmt werden: Was jungen Roma in anderen deutschen Städten ermöglicht wurde, blieb in Leipzig unmöglich. Nach Aussage der Ausländerbehörde und der Stadt Leipzig wäre eine Auslandsreise im Rahmen einer Klassenfahrt nach Auschwitz möglich gewesen, eine Reise nach Auschwitz für Angehörige einer Opfergruppe zum Gedenken an ihre Opfer im Nationalsozialismus jedoch nicht. Diese Ablehnung machte die Jugendlichen so betroffen, dass alle beschlossen, auch die mit Erlaubnis, sich solidarisch zu erklären und in Leipzig zu bleiben. Dieses Ereignis hat wieder einmal mehr gezeigt, wieviel Aufarbeitung in Deutschland noch fehlt, und dass der Genozid an den Roma und Sinti noch lange nicht in allen Köpfen präsent ist. Wir hoffen, dass wenigstens eines Tages der 2. August auch in Deutschland ein anerkannter Gedenktag an dieses Verbrechen sein wird.

Unsere Gedenkfeier endete wie fast jeder Tag mit einem Fest: Essen, Musik und Tanz. Auf die Frage einer Mitreisenden, warum wir bei soviel traurigen Erinnerungen und Erlebnissen des Tages am Ende noch feiern würden antwortete Herr Rose, Vorsitzender des Zentralrats der deutschen Sinti und Roma: „Wir feiern, dass wir überlebt haben und weiter leben werden!“



Gedenkstein für die ermordeten Sinti und Roma, Foto: Romano Sumnal

Petra Cagalj Sejdi ist migrationspolitische Sprecherin der Stadtratsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen Leipzig und **Gjulier Sejdi** ist Vorstand des Vereins Romano Sumnal e.V. und Mitarbeiter im Projekt RomaRespekt - Lokalforschung & Empowerment bei Weiterdenken / Büro Leipzig ○

Wirtschaft & Soziales

Inklusion weiterge(m)dacht – ein Rückblick auf zwei Jahre ZipB

Tina Hölzel & David Jugel, Zentrum für inklusive politische Bildung (ZipB)

Inklusion – dieses Thema begann sich bereits vor ein paar Jahren in Talkshows, Schulen, Politik, in Nachrichten, im Berufsfeld und in sozialen Medien zu verbreiten. Inklusion war immer und überall. Und auch im Bereich der politischen Bildung erhielt der Begriff immer mehr Aufmerksamkeit. Doch wie sollte eine inklusive politische Bildung aussehen oder gelingen? Diese Frage wurde 2014 zum Anlass genommen das Zentrum für inklusive politische Bildung (ZipB) als kooperatives Lernlabor der TU Dresden und Weiterdenken zu gründen. Ein erster (Rück)Blick auf die letzten zwei Jahre des ZipB soll verdeutlichen, was unsere Arbeit umfasst.

Zu Beginn der Arbeit im ZipB galt es einen intensiven Blick auf die Wissenschaft sowie Praxis der politischen Bildung zu werfen. Bei der Betrachtung praktischer Angebote oder auch theoretische Ansätze der politischen Bildung schien es, als wäre für jede*n etwas dabei. Es gab (und gibt) politische Bildung für Mädchen, politische Bildung für „bildungsferne“, „politikferne“ und/oder „politikverdrossene“ Jugendliche und Erwachsene, politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft, politische Bildung für „schwer Erreichbare“ oder

politische Bildung für Menschen mit Beeinträchtigung (Besand/Jugel 2015a). Hinter der hier nur angedeuteten Liste von jeweils spezialisierten politischen Bildungen stand die Frage: **Mit welchen Mitteln können möglichst alle Mitglieder einer Gesellschaft politisch bildnerisch angesprochen und erreicht werden?** Auch Weiterdenken beschäftigte sich über die letzten vier Jahre mit eben dieser Frage nach einer inklusiven politischen Bildung. In der theoretischen wie praxisorientierten Auseinandersetzung des ZipB wurde jedoch schnell v.a. zwei Probleme deutlich:

a) Die Konzentration auf eine bestimmte Gruppe kann dazu verleiten, defizitär zu denken, also in der Gruppe selbst den Grund zu suchen, dass diese nicht von politischer Bildung erreicht wird (Bremer/Kleemann-Göhring Mark 2015)

b) Mit der Beschreibung der Gruppen, denen man fehlenden Kontakt zur politischen Bildung nachsagt, werden auch stereotypische Bilder bedient und damit Diskriminierungshintergründe reproduziert (Jugel 2015)

Eine inklusive politische Bildung, die das Ziel hat, alle Menschen zu erreichen, erlaubt hingegen, Gruppen neu zu betrachten und so den o.g. Ef-

fekten entgegenzutreten. Folglich ist es in diesem Zusammenhang wichtig, dass mit Inklusion nicht allein die Integration behinderter Menschen in schulische Strukturen gemeint ist. Vielmehr versucht das ZipB den Inklusionsbegriff zu erweitern, indem ein weitreichendes Verständnis zugrunde gelegt wird, das auf Zugang, Teilhabe und Selbstbestimmung *Aller* zielt (Ackermann 2015; Besand/Jugel 2015a; Schluchter 2015). Aufbauend auf der Herausforderung ein Inklusionsverständnis in Ableitung, Anlehnung aber auch Abgrenzung zur wissenschaftlichen wie gesellschaftlichen Diskussion um Inklusion zu entwickeln ergibt sich ein eigenes, differenziertes Verständnis von Inklusion des ZipB:

Inklusionsverständnis auf Makroebene

Inklusion ist demnach ein gesamtgesellschaftlich interaktiver Transformationsprozess, der darauf abzielt diskriminierende soziale Konstruktionen aufzulösen und für alle Menschen Teilhabe zu ermöglichen. (Makroverständnis von Inklusion in Ableitung; siehe <http://www.zipb.de/was-ist-inklusion/>).

Basierend auf diesen Vorarbeiten zum Inklusionsbegriff hat das ZipB für die praktische Anwendung mit Praxispartner*innen ein mehrstufiges kooperatives Verfahren entwickelt, mithilfe dessen Meinungen, Argumente und Einstellungen zu verschiedenen Antwortmöglichkeiten ausgetauscht und diskutiert werden können.

Hier kam besonders das Team von **Weiterdenken** sowie die Teams der **Lernorte Stadion** als Praxispartner*innen ins Spiel. Erste empirische Befunde und die Auseinandersetzung mit Konzeption, Durchführung, Auswertung und inklusiver Weiterentwicklung von politischen Bildungsangeboten haben schnell verdeutlicht, dass es einer sichtbaren und analytisch übertragbaren Konkretisierung von Inklusion auf die Mikroebene bedurfte.

Inklusionsverständnis auf Mikroebene

Als zentral bei der Erarbeitung eines solchen Mikroverständnisses erwiesen sich folgende Aspekte:

- eine ausschlussensensiblen Perspektive (Jugel 2015),
- Kompetenzen, um Ausschluss, dessen Formen, Ursachen und Konsequenzen/(Re-)Aktionen, zu erkennen sowie Fähigkeiten, Partizipation, in Form von Kooperation, Teilhabe und gemeinsamen Gegenständen, zu ermöglichen (Prosecky 2009; Lanwer 2013).

Mittels dieser Kategorien auf Mikroebene werden inklusive Methoden für die politische Bildung gemeinsam mit Praxispartner*innen durch das ZipB erforscht, entwickelt und reflektiert. Gerahmt wird die Arbeit zur inklusiven politischen Bildung insbesondere durch die folgenden drei Eckpfeiler:

- Vernetzen und Austauschen
- Forschung
- Probieren, Begleiten, Beraten

Ein Fazit – oder:

Wegweisende Prinzipien des ZipB

Sollen die letzten zwei Jahre mit all ihren Erfahrungen und Erkenntnissen wegweisend für die zukünftige Arbeit zusammengefasst werden, so bietet es sich an Prinzipien aus dieser Zeit abzuleiten und so einen Weg für die weitere Tätigkeit aufzuzeigen:

- **praxisorientiert:** Innerhalb der Ausführungen wurde deutlich, dass es besonders wichtig ist, praxisnah zu forschen und einen unmittelbaren Transfer in das praktische Feld zu gewährleisten.
- **interdisziplinär und multiperspektivisch:** Nicht nur durch die interdisziplinäre Konstitution des ZipB und dessen Mitglieder, sondern auch durch die diversen Forschungsfelder und Praxispartner*innen sollte im ZipB stetig darauf geachtet werden, unterschiedliche Disziplinen, aber auch Perspektiven einzubeziehen, die diverse Erfahrungen und Wissensbestände in eine inklusive politische Bildung einbringen können.
- **innovativ:** Nicht nur die Erarbeitung des Inklusionsverständnisses und die Entwicklung sensibler Verfahren auf inhaltlicher Ebene können als innovativ bewertet werden. Zudem erhebt das ZipB einen konkreten Anspruch auf gestaltungsorientierte und partizipative Wissenschaft, die in dieser Form neue Wege der Forschung beschreitet.
- **prozessorientiert:** Als lernendes Labor verschreibt sich das ZipB einer prozessorientierten Vorgehensweise auf verschiedenen Ebenen. Nicht nur in der theoretischen Erforschung, sondern

auch in der Empirie und Evaluation werden Prozesse initiiert.

• **partizipativ und kooperativ:** Um nicht nur über inklusive politische Bildung zu forschen, sondern auch um praktische Impulse zu setzen, arbeitet das ZipB in allen Bereichen partizipativ und kooperativ. Nicht nur die enge Zusammenarbeit der Autor*innen, sondern auch der Einbezug von Co-Forscher*innen und Praxispartner*innen führt hier zu einer gewinnbringenden Ergänzung und dem Betreten neuer, noch nicht gedachter Bereiche.

• **ausschlussensensibel und kritisch:** Es besteht nicht nur der Anspruch einer ausschlussensensiblen und kritischen Perspektive auf politische Bildungsangebote, sondern auch auf die eigene Forschungsperspektiven. Immer wieder muss gefragt werden, wodurch Ausschluss entsteht und dieser kritisch betrachtet, reflektiert und verändert werden kann.

Das ZipB ist mitten im Prozess der Erforschung und Auseinandersetzung mit dem praktischen Bildungsfeld und es gilt für das ZipB und Weiterdenken, sich selbst weiterzuentwickeln und praktisch Bildungsangebote nicht nur zu erforschen, sondern auch stetig fortzuentwickeln. ○

PUSH-NOTIFICATION* der politischen Bildung Ein Sommerinterview mit Prof. Anja Besand

Tina Hölzel, Zentrum für inklusive politische Bildung (ZipB)

* Push-Notification sind Nachrichten, die auf dem Smartphone von Apps (Programmen) direkt auf dem (Sperr-)Bildschirm erscheinen, so dass sie sofort für den*die Besitzer*innen sichtbar sind. Häufig wird diese Funktion von Nachrichtenprogrammen (z.B. Zeit online, tagesschau, rtl,...) angeboten.

Beim Blick auf das eigene Smartphone kann man in den letzten Monaten das Gefühl bekommen, die Welt ist ereignisreicher, komplexer und irgendwie schlimmer geworden. Geht es der politischen Bildung auch so?

Ehrlich gesagt: Ich weiß nicht genau, wie es der politischen Bildung geht. Die sächsische – und da insbesondere die schulische politische Bildung – scheint völlig unbesorgt zu sein. Schließlich könnte man nach diesem zweiten Jahr mit PEGIDA und dem Erstarken von Rechtspopulisten, wohin man auch schaut, doch annehmen, dass endlich eine ernsthafte Debatte darüber zustande kommt, ob wir in Sachsen nicht doch etwas mehr politische Bildung an unseren Schulen haben wollen. Sachsen stellt im Bundeslandvergleich die niedrigste Stundenzahl für diesen Bildungsbereich zur Verfügung und wird daran in Zukunft offenbar auch nichts ändern.

Was waren aus Sicht der politischen Bildung die wichtigsten Push-Notification der letzten Monate?

Da gibt es so Einiges. Aus meiner Sicht waren das sicher der Brexit, aber auch der Putschversuch in der Türkei, die Anschläge in Deutschland,

der Wahlkampf in den USA... die Liste ließe sich fortsetzen. All das zeigt, wie leicht autoritäre oder zumindest populistische Bewegungen Land gewinnen können und wie leicht sich demokratische Strukturen herausfordern lassen. Wir machen es uns zu einfach, wenn wir darauf vertrauen, dass die Demokratie bei uns stabil und gefestigt ist. Der Blick auf den amerikanischen Wahlkampf oder auch das Referendum in Großbritannien machen doch auf sehr bestürzenden Weise deutlich, wie schnell sich Gesellschaften auch mit Hilfe von Lügen und nachweislich falschen Tatsachenbehauptungen spalten und in Erregung versetzen lassen. Ein bekannter und hochgeschätzter Kollege – Peter Massing – der in Berlin die Professur für Didaktik der politischen Bildung innehatte und im letzten Jahr in den Ruhestand gegangen ist, hat im Rahmen seiner Abschiedsvorlesung den bitteren Satz gesagt: Er habe sein ganzes Leben der politischen Bildung gewidmet und in diesem Zusammenhang immer an die Rationalität der Auseinandersetzung geglaubt. Das sei ein Fehler gewesen. Wenn die politische Bildung sich nicht auch auf die Gefühle einlässt, wird sie die Probleme, die vor uns stehen, nicht bewältigen. Das sollte uns zu denken geben.

Was wäre ihre Push-Notification der politischen Bildung für dieses Jahr?

Frank Richter hat nach den letzten Bürgergesprächen in der Kreuzkirche in einem Presseartikel darauf hingewiesen, dass es auch Grenzen des Dialogs mit Rechtspopulisten gibt. Da ich selbst diesen Formaten skeptisch gegenüberstehe, scheint

mir diese Nachricht – auch aus diesem Mund – wichtig und noch lange nicht genug deutlich geworden zu sein.

Zeit online hat eine neue Kategorie für Push-Notification eingeführt: sie heißt „Welt wieder besser geworden!“ Was ist für die politische Bildung besser geworden?

Na, man könnte in Umkehrung zu dem, was am Anfang gesagt wurde, sagen: Die politische Bildung hat im letzten Jahr zumindest in einer bundesweiten Perspektive doch wieder deutlich an Bedeutung gewonnen. Wir reden und wir streiten wieder über politische Bildung – das ist sehr gut. Die vor Jahren geschlossene Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen ist neu eröffnet worden. Namenhafte Politikwissenschaftler – wie Jan-Werner Müller – schreiben plötzlich zu Fragen der politischen Bildung. Auch in Sachsen haben Treffen stattgefunden, in denen sich sehr viele Menschen, die außerschulisch im Bereich der politischen Bildung tätig sind, zusammengesetzt haben und offene Fragen und Probleme angesprochen wurden. Das wäre alles vor 5 Jahren in dieser Form nicht möglich gewesen

Zum Schluss dürfen Sie einen Wunsch für die politische Bildung in eine Push-Nachricht packen – also 100 Zeichen für die politische Bildung aus Ihrer Sicht!

Sachsen geht voran – mit mehr politischer Bildung zum Vorreiter einer neuen Bewegung

Ich wünsche mir, dass sich das Bundesland Sachsen aufgrund der intensiven Erfahrungen und Debatten, die in diesem Kontext sichtbar werden, an die Spitze einer Bewegung für mehr und bessere politische Bildung setzt. Im Hinblick auf das Thema Rechtspopulismus wissen wir in Sachsen im Augenblick (leider) mehr als alle anderen. Wir ken-

nen die Herausforderungen und wir verfügen über Fragen, die in diesem Kontext notwendigerweise gestellt werden müssen. Auch wenn das vielleicht nicht so klingt, ist das tatsächlich schon einiges. Wir sollten das zu einer Ressource machen, die weit über das Bundesland hinaus sichtbar werden sollte.

ger*innenbeteiligung sinnvoll und bei welchen nicht? Wie ist das Verhältnis formeller und informeller Verfahren? Wie werden Bürger*innen und relevante Interessengruppen aktiviert und interessiert?

Migration & Diversity

GUT BETEILIGT?

Tagung zu Bürger*innenbeteiligung unter erschwerten Bedingungen

Der Verbund der Heinrich-Böll Stiftungen hat in den Jahren 2014 bis 2016 verstärkt zu Fragen der Weiterentwicklung repräsentativer Demokratie und von Bürger*innenbeteiligung gearbeitet. Zahlreiche Veranstaltungen wurden organisiert und dokumentiert, viele Fachbeiträge veröffentlicht. Näheres dazu ist unter <https://gutvertreten.boell.de/> zu finden.

Gemeinsam mit anderen Akteur_innen in diesem Feld, der Stiftung Mitarbeit, der Lokalen Agenda 21 für Dresden e.V., und Triple Helix Dialog veranstalten wir deshalb am 26. Oktober 2016 in den Räumen des Gebäudeensembles der Deutschen Werkstätten Dresden-Hellerau einen Demokratiedialog unter dem Titel „Gut Beteiligt? Bürger*innenbeteiligung unter erschwerten Bedingungen“. Die Tagung richtet sich in erster Linie an Menschen aus Verwaltungen und soll dazu motivieren, Bürger*innenbeteiligung auch unter schwierigen Bedingungen fortzusetzen und weiter zu entwickeln. Wir wollen dazu ermutigen, Beteiligungsprozesse in Sachsen effektiv zu verankern, und

qualitativ besser aufzustellen. Dabei werden reale Planungsverfahren und praxisnahe Beispiele in den Blick genommen, die schwierigen Bedingungen der letzten Monate berücksichtigt und Erfahrungen von Außerhalb motivierend und qualifizierend einbezogen.

Wir organisieren eine Tagung mit Diskussionen im Plenum, Fachgesprächen und Thementischen, an denen die Teilnehmenden sich über einzelne Vorhaben schnell, direkt und mit Vertreter*innen der Projekte informieren und austauschen können. In Fachgesprächen werden einzelne Fragen vertieft und Qualitätskriterien für gelingende Verfahren diskutiert.

Nach einem einführenden Gespräch über Ziele, Herausforderungen und Qualitätsmerkmale von Beteiligung sprechen wir in 4 Workshops mit Praktikerinnen und Praktikern über folgende Fragen:

Vom Masterplan zum Spielplatz.

Welche Verfahren passen zu welcher räumlichen Planungsebene? Bei welchen Themen ist Bür-

Erfolg im Rathaus organisieren.

Welche Gruppen sollen beteiligt werden (Bürger, Verwaltungen, öffentliche Einrichtungen etc.)? Wie regelt man die Verantwortlichkeiten? (Aufbau der Strukturen, Beteiligungsrechte, Gremien, Entscheidungsstrukturen, Einbettung in politische Entscheidungsprozesse) Wie müssen die Verfahren ausgestattet sein? (Personal, Ausstattung, Fördermöglichkeiten & -programme)

Im Arbeiten lernen.

Interessenmanagement: Welche Interessen sind schon vorab bekannt und mit welchen Methoden kann damit umgegangen werden? Wie soll/ kann mit unterschiedlichen Interessen und Interessenskonflikten umgegangen werden? Welche Methoden haben sich bewährt?

(Zeitmanagement, Projektstart & -ende, Verstärkung, Ergebnisverwertung)

Dialoge auf Augenhöhe.

Wie können gute Dialogkulturen etabliert werden? Wie wird Bereitschaft zum Zuhören und zu Kompromissen angeregt? Wie können vorhandene Dialogstrukturen in der Stadt/ am Planungsort genutzt werden? Erwartungsmanagement: Wie kann den Bürger*innen der Prozess und die Ergebnisverwertung verständlich und transparent vermittelt werden?

Danach kann an Thementischen zu einzelnen Projekten der direkte Austausch in kleinen Gruppen gesucht werden, parallel gibt es noch zwei Gesprächsrunden zur Methode der "Kollegialen Beratung" und zu "Kommunikation und Beteiligung unter erschwerten Bedingungen".

Migration & Diversity

Flucht und Asyl – auch bei Weiterdenken ein Schwerpunkt 2016

Auch Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen hat die Fragen von Politiken und Praxen um Flucht und Asyl in Deutschland und Europa zu einem wesentlichen Schwerpunkt in seiner Arbeit 2016 gemacht. Neben der schon beschriebene Tagung zu Ehrenamt in der Geflüchtetenarbeit haben wir viele Tagungen und Veranstaltungen organisiert und Texte und Publikationen veröffentlicht. Einige Dokumentationen sind noch in Arbeit:

Am 12. März 2016 fand an der Uni Leipzig das Symposium „Wohnen lernen?“ zur Unterbringungspraxis von Geflüchteten und Wegen zum selbstbestimmten Wohnen statt, zu dem wir gemeinsam mit dem Initiativkreis: Menschen.Würdig und dem Kulturbüro Sachsen e.V. eingeladen hatten. Etwa 120 Teilnehmende diskutierten zur Asylunterbringung in Sachsen im Bundesvergleich, zum „Lager. Ort der Exklusion“, zur „Wohnfähigkeit als grundgesetzwidriger Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe“ zur „Wohnungslosenhilfe als Modell für Asylunterbringung?“ und zur - Willkommenskultur als Bewährungsfeld für die soziale Stadtentwicklung.

Am 8. September 2016 organisierten wir gemeinsam mit den Heinrich-Böll-Stiftungen in Sachsen-Anhalt

und Thüringen unter dem Titel „Gut ankommen - in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen“ einen Kommunalen Fachtag zur Integration vor Ort. Der Fachtag richtete sich an die verschiedenen kommunalen Akteure und Akteurinnen - von Verwaltungsmitarbeiter*innen und lokalen Politiker*innen bis zu freien Trägern, Praktikant*innen und Engagierten im Bereich Migration und Integration und behandelt mit Fokus auf Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen die folgenden Themen:

- **Berufliche Integration von Erwachsenen Geflüchteten:** Best practices in Kommunen und Städten
- **Neue Wege der Verwaltung I:** Strukturelle und organisatorische best practices für Integration als Querschnittsaufgabe
- **Unterkünfte für Geflüchtete:** Gute Standards und flexible Lösungen
- **Den Alltag meistern:** Flüchtlingssozialarbeit und weitere Unterstützungsstrukturen
- **Mittelfristige Perspektiven:** Folgen für den Wohnungsmarkt
- **Einwanderung:** Neue Chance für Kommunen im demografischen Wandel
- **Neue Wege der Verwaltung II:** Interkulturelle Öffnung

- **Berufliche Ausbildung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen:** Die kommunale Bildungschance
- **Gut Ankommen:** Aufgaben, Schnittstellen und Grenzen beider Zusammenarbeit von Verwaltung und Ehrenamt

Am 9. September luden wir gemeinsam mit Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit | Netzwerk für Demokratie und Courage in Sachsen/ Landeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, der Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, Berlin, der Bildungsgewerkschaft GEW Sachsen Schule - (K)ein Ort der Diskriminierung? zu einer Tagung „Auf dem Weg zu einer Schule ohne Rassismus in Zeiten von Pegida & Co“.

Mit mehr Kindern und Jugendlichen, die in Sachsen Schutz suchen, wird die Schülerschaft in Sachsen immer vielfältiger. Dies stellt die Schulen und Lehrer*innen vor neue organisatorische und inhaltliche Herausforderungen. Gleichzeitig nimmt die Hetze gegen Geflüchtete und andere Minderheiten zu. Gerüchte und Falschmeldungen verunsichern, verwirren und sähen ein Klima der feindseligen Abgrenzung und Ablehnung, auch im schulischen Alltag. Dabei beleuchteten wir die neuen Herausforderungen der Diversität und Verschärfung des öffentlichen Diskurses und versuchten Handlungsansätze und Argumentationshilfen für den Schulalltag zu liefern. Zielstellung war es durch fachlichen Input, vertiefen-

de Workshops und einen Austausch untereinander die Handlungsspielräume aller Schulakteure zu erweitern. Die Tagung richtete sich an Lehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen, Multiplikator*innen außerschulischer Institutionen und Schüler*innen ab Klassenstufe 10. Auch hier war das Interesse mit fast 100 Teilnehmenden hoch.

Das Kulturbüro Sachsen e.V., der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. und Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen laden am 14. und 15. Oktober 2016 zur Konferenz der ehrenamtlichen Initiativen mit dem Titel „Asyl in Sachsen“ in das Kraftwerk in Chemnitz ein.

Konkrete Herausforderungen wie der Rassismus von Wohnungsbauvereinigungen, die momentane Abschiebepaxis des Freistaates Sachsen, das Kirchenasyl sowie die gesundheitliche Versorgung Geflüchteter sollen auf der diesjährigen Asyl-Initiativen-Konferenz diskutiert werden. Menschen die davon betroffen sind, werden Raum erhalten, darü-

ber zu erzählen und ihre Erfahrungen zu teilen. Die sich anschließende Frage ist die nach den konkreten Handlungsoptionen geflüchteter Menschen, die Gewalt und Diskriminierungen begegnen. Welche Option wurden bereits erprobt und hatten Erfolg, zum Beispiel Konzepte zu alternativen Wohnformen? Was können Ehren- und Hauptamtliche überhaupt leisten, wie unterstützen und sich dabei koordinieren? Gleichzeitig wird die Frage im Raum stehen, welche rassistischen Bilder Unterstützer*innen bei ihrer Arbeit gegenüber Geflüchteten – bewusst wie unbewusst – nach wie vor verinnerlicht haben.

Als begleitende Angebote gibt es weiterhin des Pocket-Heft „Mal ehrlich! Flucht und Asyl in Sachsen“ sowie unsere neue Wanderausstellung „Ich bin kein Etikett!“ zum Thema Diskriminierung. Dazu gibt es noch zwei Veranstaltungstage in Plauen und Freital, die sich intensiv mit lokalen Fragen zum Thema Asyl auseinandersetzen. Diese Arbeit wird uns sicherlich 2017 auch noch sehr intensiv begleiten. ○

Internationale Arbeit

Der Staat als Beute

Interview mit Kristian Brakel, Heinrich-Böll-Stiftung Istanbul

Weiterdenken hat sich in den letzten beiden Jahren mit 2 Bildungsreisen, Seminaren und Vorträgen mit der politischen Situation in der Türkei beschäftigt. Wir haben darüber viele spannende, mutige und sehr aktive Träger_innen der türkischen Zivilgesellschaft kennengelernt und viel über ihre wichtige Arbeit gelernt. Über die aktuelle Situation im Schatten des gescheiterten Putschversuchs, der blutigen Terroranschläge und des „Flüchtlingsdeals“ zwischen der EU und der Türkei haben wir mit Kristian Brakel, Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung Istanbul, gesprochen.

Kristian Brakel ist Islamwissenschaftler und arbeitete u.a. als politischer Analyst für verschiedene Nichtregierungsorganisationen, die Vereinten Nationen und die EU im Nahen Osten und Nordafrika und war als Berater des EU-Sonderbeauftragten für den Nahen Osten tätig.



Kristian Brakel

Die türkische Regierung hat nach dem gescheiterten Putsch tausende mutmaßliche Beteiligte festgenommen, hunderte Richter suspendiert und zivilgesellschaftliche AkteureInnen verhaftet. Derzeit wird auch die Wiedereinführung der Todesstrafe diskutiert.

Keine Frage, mit einer rechtsstaatlichen Aufarbeitung der Ereignisse vom 15. Juli hat das aktuelle Vorgehen der türkischen Regierung wenig zu tun. Betroffen sind allerdings bisher vor allem Gülenisten. Die Angst, dass der Staat die Gelegenheit nutzen könnte, um sich aller Oppositioneller zu entledigen, ist bisher nicht eingetreten. Unsere Partner etwa - vor allem aus dem links-grünen und zivilgesellschaftlichen Umfeld - haben bisher keine Probleme (bzw. nicht mehr als vor dem

Putsch). Natürlich bedeutet das nicht, dass alle Personen, die jetzt festgenommen oder suspendiert wurden, wirklich etwas mit dem Putsch am Hut hatten. Das erscheint schon aufgrund der schieren Zahl an Personen unwahrscheinlich. Man versucht die Gülenbewegung in all ihren gesellschaftlichen Facetten auszuschalten und dabei ist es anscheinend egal, ob es sich wirklich um Leute handelt, die in politische Fragen eingebunden waren oder aber nur um Leute, die sich vielleicht sozial oder anderweitig in der Gülen-Gemeinde engagiert haben. Wie gesagt, das ist nicht rechtsstaatlich, aber mit einer umfassenden politischen Säuberung von Andersdenkenden hat es bisher nichts zu tun - der Kampf spielt sich fast komplett zwischen den Islamisten untereinander ab.

Was die Todesstrafe angeht, die wird nicht kommen, denke ich. Diese populistische Forderung in die politische Arena zu werfen entspricht einer typischen Vorgehensweise Erdogans: Er provoziert mit markigen Aussagen. Daraufhin bricht aus der EU ein Sturm der Entrüstung über ihn herein und er kann sich noch besser als Sachwalter der von Europa gehassten und ungerecht behandelten (siehe sein Hinweis, dass die EU sich nicht über die Todesstrafe bei ihrem engen Partner USA aufregen würden) Türken gerieren. Inzwischen ist zumindest der Premierminister schon zurückgerudert. Es ist richtig, dass die EU Kommission als Sachwalterin der Beitrittsgespräche die klare Ansage gemacht hat, dass ein Beitrittskandidat keine Todesstrafe einführen kann. Aber insgesamt wäre es besser, wenn europäische PolitikerInnen nicht immer über jedes Stöckchen springen würden, dass Erdogan ihnen hält.

Wie beurteilst Du den derzeitigen undemokratischen Roll-Back und seine Konsequenzen für den türkischen Staat und seine Bürger_innen? Wie müsste Europa, wie müsste Deutschland Deiner Meinung nach auf diese Maßnahmen reagieren?

Der Roll-Back läuft ja schon seit einigen Jahren. Mittelfristig steuern wir in der Türkei auf eine gelenkte Demokratie hin. Das bedeutet, es wird zwar weiterhin Wahlen geben und die werden auch mehr oder weniger demokratisch sein, aber

alles, was zwischen den Wahlen passiert, wird mit Demokratie wenig zu tun haben. Das Primat für die AKP ist der Machterhalt. Dafür ist man zu allerlei Verrenkungen bereit - aktuell z.B. eine Annäherung an zwei der Oppositionsparteien, ein Zugehen auf Kritiker etc. - aber sobald es opportun erscheint eine andere Strategie einzuschlagen, um die eigene Macht zu sichern, dann wird man das machen. Erdogan ist ein sehr flexibler Machtpolitiker, der zwar einen ideologischen Anspruch vor sich herträgt, aber - das zeigt die Versöhnung mit Israel - jederzeit bereit ist diesen Anspruch der Realpolitik unterzuordnen. Die AKP ist in den Jahren ihrer Regierungsführung von einer Erneuerungsbewegung zu einer Partei mutiert, die organisch mit dem Staat verwachsen ist. Was man früher den Kemalisten zum Vorwurf machte, dass sie den Staat als Beute betrachteten, das trifft inzwischen auf die AKP zu. Anders als die Kemalisten, sind sie aber etwas schlauer darin Teile der Bevölkerung, die sie unterstützen, an dieser Beute zu beteiligen oder zumindest die Verheißung darauf am Leben zu erhalten. Seit der Staatsgründung balanciert die Türkei zwischen einem autoritären System und einer Demokratie mit Leitplanken hin- und her. Einem System, wo der Bürger für den Staat existiert und nicht der Staat für den Bürger. Die AKP ist ein weiteres Ergebnis dieser Krankheit des türkischen politischen Systems, aber nicht ihr originärer Erschaffer. Aber sie tut, jetzt da sie vom System profitiert, natürlich einiges, um das Ganze zu erhalten und auszubauen.

Die Möglichkeiten der EU sind eingeschränkt. Mit der Blockade der Beitrittsverhandlung hat man sich selbst der wichtigsten Instrumente beraubt, um Einfluss zu nehmen. Möglichkeiten gibt es noch dort, wo es nicht das Kerninteresse des Machterhalts der AKP bedroht. In jedem Fall wäre es hilfreich, wenn europäische und gerade auch deutsche Politiker_innen nicht immer der Versuchung erliegen würden, auf Erdogans Populismus zu reagieren, und ihm damit neue Munition zu liefern. Ein Beispiel ist die Flüchtlingsfrage: grundsätzlich hat Erdogan ja Recht, wenn er darauf hinweist, dass die EU erst begonnen habe, sich für die Lage der Flüchtlinge zu interessieren, als diese anfangen von der Türkei nach Europa zu ziehen. Wenn die EU hier klarer mit sich selbst wäre, es schaffen würde die eigene Politik kohärenter zu machen, würde man gegenüber Erdogan auch einen besseren Stand haben. Fest steht die Türkei braucht die EU, aber die EU braucht auch die Türkei. Und aus dieser Ausgangslage kann man schon etwas machen. Wichtig wäre auch nicht immer alles auf die Person Erdogan zu verengen. Der hält sich an der Macht, weil er ein Meister der politischen Klaviatur der Türkei ist und er viele Unterstützer hat. Das und die Gründe dafür zu verstehen, würden der EU helfen, politisch wieder relevanter zu werden. Man sollte versuchen der Türkei ein ehrliches Angebot zu machen, deutlich zu sagen, dass man die Türkei als Partner schätzt, dass man sich aber trotzdem entschieden gegen die Entdemokratisierung des Landes positionieren wird. Ich glaube, dass aber vielleicht ein neues Format notwendig ist. Die OSCE könnte dafür einen Rahmen bieten. Die Türkei ist OSCE-Mitglied, bisher spielt die Organisation aber im Land eine untergeordnete Rolle. Anders als die EU sitzt die Türkei dort mit am Tisch, der Vorwurf einer arroganten Behandlung aus dem Westen wäre also nicht anwendbar. OSCE-Beobachter könnten z.B. in den Kurdengebieten eine friedensfördernde Rolle spielen - die türkische Regierung wäre sicher

nicht begeistert - aber man sollte so ein Konzept trotzdem mal überdenken.

Wie positioniert sich die Heinrich-Böll-Stiftung in der derzeitigen türkischen politischen Landschaft? Welche Projekte wollt Ihr besonders vorantreiben, welche Kooperationen vertiefen oder neu aufbauen? Welche Schwierigkeiten begegnen Euch in Eurer Arbeit?

Bisher haben wir zum Glück nicht mit Beeinträchtigungen zu kämpfen. Wir führen unsere Arbeit wie gewohnt fort. Wir engagieren uns vor allem in ökologischen Fragen, das bleibt gerade unter dem Gesichtspunkt der Energiesicherheit ein dringendes Problem - die Umweltzerstörung im Land hat enorme Ausmaße angenommen. Es gibt weiterhin wenig Diskussion darüber, dass die rasante wirtschaftliche Entwicklung einen hohen ökologischen Preis hat.

Dann setzen wir unsere Arbeit zur kurdischen Frage fort. Udemokratische Akteure - die Regierung und die PKK - dominieren die Diskussion über den Kurdenkonflikt, dabei sind sie es, die seit Jahren nicht in der Lage sind eine Lösung anzubieten. Impulse aus der türkischen und der kurdischen Zivilgesellschaft sind da oft wesentlich fortschrittlicher.

Im außenpolitischen Bereich bleibt natürlich die Frage, welchen Platz die Türkei im Nahen Osten hat relevant. Nach einer sehr ideologischen und überambitionierten Außenpolitik der letzten Jahre besinnt sich die Türkei gerade wieder auf realpolitischere Ansätze, aber ob die wirklich so viel sinnvoller sind, bleibt mal abzuwarten. Gerade in der Zivilgesellschaft ist das außenpolitische Interesse leider immer noch sehr gering, man interpretiert viel vor dem Hintergrund der türkischen Innenpolitik z.B. im Bezug auf Syrien, was oft zu einem verzerrten Bild führt. Hier setzen wir an und vernetzen mit den Partnern der Heinrich-Böll-Stiftung aus anderen Ländern.

Zu guter Letzt arbeiten wir zu den Rechten geflüchteter Menschen in der Türkei. Wie kann eine aktive Integrationspolitik im Land aussehen? Wie können wir sicherstellen, dass EU und Türkei nicht einfach weiter die Rechte der Geflüchteten unter den Teppich kehren. Hier haben wir neue Projekte begonnen.

Immer wieder erschütterten auch terroristische Anschläge das Land. Wie nimmst Du die gesellschaftliche Stimmung diesbezüglich wahr? Welche Haltung nehmen Parteien, zivilgesellschaftliche Institutionen und Intellektuelle ein? Welche Maßnahmen werden gefordert?

Erstaunlicherweise läuft das Leben rasch relativ normal weiter. Die Schriftstellerin Ece Temelkuran hat das vor kurzem in einem Artikel über den IS-Anschlag auf den Flughafen in Istanbul zusammengefasst: es wäre verblüffend, aber auch gleichzeitig erschreckend, wie schnell die Türkei das Blut der Terroropfer wegwaschen würde. 24 Stunden nach dem Anschlag war der Flughafen schon wieder offen, es gab Business as usual. Kein Gedenken, nichts, nur die Ankündigung, dass man hart gegen den Terror vorgehen werde. Viele Menschen scheinen sich damit abgefunden zu haben, dass die türkische Geschichte eine blutige ist.

Die Spannungen zwischen dem türkischen Präsidenten Erdogan und der EU verschärfen sich. Auch der aus menschenrechtlicher Perspektive stark kritisierte „Flüchtlingsdeal“ droht zu platzen. Welche Auswirkungen erwartest Du für die refugees in der Türkei?

Ich finde es weiter unklar, was passiert, falls der Deal wirklich scheitert. Zwar sind die Fluchtbewegungen nach Griechenland massiv zurückgegangen, aber es ist unklar, ob das jetzt an dem Deal, am härteren Vorgehen der Türkei oder aber der geschlossenen Balkanroute liegt. Prinzipiell ist es gut, dass die Europäer sich endlich für die Versorgung der Flüchtlinge engagieren. Aber der Deal selbst führt zur Ausbeutung der VN Flüchtlingsrechtskonvention. Besonders schlimm ist, dass die Türkei ihre Grenzen zu Syrien komplett dicht gemacht hat. Flüchtlinge an der Grenze werden z.T. von türkischen Grenzern beschossen, es gibt glaubhafte Berichte, dass Personen ins Kriegsgebiet zurückgeschoben werden. Es sollen Selbstschussanlagen an der Grenze installiert worden sein. Der Flüchtlingsdeal ist nicht der Auslöser dessen gewesen, aber er befördert dieses Vorgehen.

Die Türkei ächzt unter der finanziellen Belastung der Flüchtlinge, selbst wenn man jetzt begonnen hat sich endlich - und in der Türkei bisher einzigartig - um eine Integrationspolitik Gedanken zu machen, das Land hat gar nicht das wirtschaftliche Potential, um eine wirkliche Integration zu stemmen. Viele Flüchtlinge haben den Eindruck, dass sie in der Türkei gestrandet sind. Gerade für die Syrer/Innen trifft dies zu. Sie haben kein Land mehr, in das sie zurückkönnen. Der Weg nach Europa ist ihnen verwehrt und in der Türkei gibt es für die meisten von ihnen weder eine Perspektive noch einen rechtssicheren Status.

Wie beurteilst Du die politische Kraft und aktuellen Strukturen der türkischen Zivilgesellschaft? Gibt es neue Bündnisse und welche Gruppen sind für den demokratischen Protest besonders relevant? Welche Unterstützung brauchen menschen- und bürgerrechtlich orientierte Initiativen?

Die Türkei blickt auf eine lange Geschichte zivilgesellschaftlicher Organisation zurück. Die türkische Frauenbewegung etwa hat ihren Anfang schon in osmanischer Zeit genommen. Allerdings muss man auch sagen, dass gerade Personen, die grünnahen Ideen unterstützen in der Gesellschaft marginalisiert sind. Die Gezi-Proteste von 2013 waren ein Erfolg für diese Bewegungen, aber heute sind viele deprimiert. Sie sagen, wir haben bei Gezi alles probiert und es hat nichts gebracht.

Ganz egal, was wir machen, nichts ändert sich, es wird nur schlimmer. Viele sind v.a. jetzt nach dem Putsch überzeugt, dass es besser wäre, das Land zu verlassen. Daneben gibt es aber natürlich eine andere Zivilgesellschaft, die die Islamisten installiert haben. Gerade im Flüchtlingsbereich sind diese Organisationen sehr aktiv. Aber hier geht meist mehr um Charity-Arbeit, nicht so sehr um politische Veränderung, denn diese Organisationen fühlen sich der Regierung größtenteils verbunden.

Immer relevanter wird die Umweltbewegung. Zwar nicht als einheitliche Bewegung, sondern als ein Mikrokosmos von allen möglichen Gruppen, aber trotzdem ein relevantes Potential. Ursache dafür ist, dass die AKP Regierung mit ihrem rücksichtslosen Modernisierungskurs bzw. dem Ausverkauf des öffentlichen Raumes und der Umwelt viele Menschen vor den Kopf stößt. Und das sind nicht die traditionell-oppositionellen Bevölkerungsschichten, sondern z.B. Bauern, die eigentlich AKP wählen, aber dann baut man auf einmal einen Staudamm neben ihr Dorf und sie verlieren ihren Lebensunterhalt. Das hat enormes Mobilisierungspotential. Bisher funktioniert allerdings der Zusammenschluss zu einer übergreifenden Bewegung nur unzureichend - viele der Basisgruppen sind nationalistisch und sehr misstrauisch, was ausländische Unterstützung angeht.

Welche Rolle spielt Yeşiller ve Sol Gelecek Partisi, die türkische Grüne Partei, die zuletzt im Bündnis mit der pro-kurdischen HDP Partei zur Wahl angetreten ist?

Die YSGP hat keinen leichten Stand in der HDP. Ihre Themen, v.a. das Umweltthema nimmt zwar einen prominenten Platz im Wahlprogramm der HDP ein, aber seitdem der Kurdenkonflikt wieder ausgebrochen ist, orientiert die HDP sich wieder eher an ihrem pro-kurdischen Kern, andere Themen sind in den Hintergrund getreten. Im Frühjahr hat es dazu auf dem Parteitag der YSGP einen Umschwung gegeben. Der sozialistische Flügel der Partei - die YSGP ist ja ein Zusammenschluss einer sozialistischen und der grünen Partei - ist stärker geworden. Viele der eher grünen Parteimitglieder sind nicht wieder in wichtige Positionen gewählt worden, sie tragen sich mit dem Gedanken eine neue Partei zu gründen oder erst einmal

Wirtschaft & Soziales

Wachstum – zwischen Effizienz, Konsistenz und Suffizienz

Die nunmehr 8. Veranstaltungsreihe von Weiterdenken, dem Staatsschauspiel Dresden und der TU Dresden fand vom 21. Oktober 2015 bis zum 3. Februar 2016 im Kleinen Haus in Dresden statt.

Im Jahr 1972 veröffentlichte eine Ideenwerkstatt einen folgenreichen Bericht, der bis in die Gegenwart nichts an Aktualität verloren zu haben scheint. „Die Grenzen des Wachstums“ – so der bekannte Name des Berichts, veröffentlicht vom nicht weniger bekannten Club of Rome, prägt bis heute Debatten um die Zukunft des weltweiten Wirtschaftens. Zwar haben sich die prognostizierten Grenzwerte des Berichts im Nachhinein verschoben und eine Überarbeitung der Voraussagen scheint angemessen. Doch gab er Anstoß für eine anhaltende Diskussion darüber, was gutes Wirt-

schaften ausmacht und wie dieses zu erreichen ist. 35 Jahre nach der Veröffentlichung heizten die Finanzkrise und deren desaströse Folgen für einen großen Teil der europäischen – gar weltweiten – Gesellschaft die Kritik an einem wirtschaftlichen Paradigma erneut an, dessen Grundlage allein auf ökonomischem Wachstum beruht.

Die gedanklichen Strömungen der Wachstumskritik sind dabei so vielschichtig wie die inhaltliche Akzentuierung der Themen. Konservative Positionen, nach deren Interpretation Wachstum und staatliche Wohlfahrtsleistungen ihre Kapazitäten überschritten hätten, setzen auf eigenverantwortliches Engagement im Zusammenspiel mit einer Reduzierung sozialstaatlicher Aufwendungen. Vertreter_innen eines grünen Wachstums sehen

→

die wirtschaftliche Zukunft in einem Ausbau ökologiefreundlicher Technologien sowie einer qualitativen Transformation moderner Sozialsysteme. Kapitalismuskritische Standpunkte wenden sich gänzlich der Vorstellung vom vorhandenen wirtschaftlichen System ab und argumentieren für eine umfassende, globale Änderung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Institutionen zugunsten ökologischer Gerechtigkeit. Die Veranstaltungsreihe fand in Kooperation mit

der Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Managerial Economics, dem Lehrstuhl für betriebliche Umweltökonomie, der Professur für Didaktik der politischen Bildung der TU Dresden sowie dem Staatsschauspiel Dresden statt. Eine umfangreiche Dokumentation mit den Vorträgen zum Nachhören und Nachsehen und weiterführenden Texten und Verweisen findet sich unter <http://www.weiterdenken.de/de/wachstum-zwischen-effizienz-konsistenz-und-suffizienz>. ○

Diskriminierung & Neonazismus

Unentdeckte Nachbarn

Mick Prinz, Amadeu-Antonio-Stiftung

Zum fünften Mal jährt sich 2016 die Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrundes. Über drei Jahre zieht sich nun bereits der Prozess gegen die Beteiligten des NSU. Die Versprechungen von staatlicher Seite nach Aufklärung und Klarheit blieben bis dato überwiegend unerfüllt. Das elftägige Theatertreffen „Unentdeckte Nachbarn“ will eine erneute Auseinandersetzung mit dem NSU Komplex in Zwickau und Chemnitz vorantreiben.

Durch die Selbstenttarnung der Kernakteure des NSU am 4. November 2011 wurde der rechts-extreme Hintergrund von 10 Morden, drei Bombenanschlägen und zahlreichen Raubüberfällen aufgedeckt. Ein vermeintliches rechtes Trio und ein Unterstützernetzwerk von noch unbekannter Größe ließen von 1998 bis 2011 ihrer menschenverachtenden Ideologie freien Lauf. Zahlreiche Untersuchungsausschüsse auf Bundes- und Län-

derebene können bis heute nur wenige Antworten auf die zahlreichen Fragen liefern, die sich in diesem Zusammenhang stellen: Wie konnten Sicherheitsbehörden zwölf Jahre lang eine rechtsterroristische Gruppe übersehen? Wie groß ist der Unterstützerkreis tatsächlich und wie weit reichen die Verflechtungen der Neonazis?

Jahrelang wurden sie nicht als Nachbarn, sondern als Gefahr wahrgenommen

Zumindest ein Teil dieser Fragen soll bei den Theatertreffs vom 1. bis zum 11. November in Zwickau und Chemnitz beantwortet werden. Der Name „Unentdeckte Nachbarn“ spielt dabei auf zwei Dinge an: Zum einen auf die rechtsextreme Terrorzelle selbst, welche noch immer nicht gänzlich aufgedeckt ist. Zum anderen sind auch diejenigen „unentdeckte Nachbarn“, die Opfer der NSU-Verbrechen geworden sind und lange Zeit fälschlicherweise für neun Morde mitverantwort-

lich gemacht wurden. Jahrelang wurden sie nicht als Nachbarn, sondern als Gefahr wahrgenommen. Mit sechs Theaterstücken soll nun die Perspektive der Betroffenen in den Mittelpunkt rücken. Außerdem wird über Hintergründe, Strukturen und Verbrechen des NSU berichtet und über das strukturelle Staatsversagen informiert. Das Theatertreffen dient damit als kreative Plattform, um die Perspektive jener zu beleuchten, die sowohl ins Fadenkreuz der Rechten als auch staatlicher Behörden geraten.

Theaterschaffende erweitern die mediale Auseinandersetzung mit dem NSU

Mit fiktionalen, dokumentarischen und diskursiven Strategien sind es gerade Theaterschaffende, die in den letzten Jahren die mediale Auseinandersetzung um den NSU enorm erweiterten. Angehörigen und Betroffenen wird zusätzlich eine Plattform geboten, um das Erlebte zu verarbeiten und selbst zu Wort zu kommen. So haben die Theaterbesucher_innen neben einer breiten Auswahl an Stücken, die sich mit verschiedenen Themenschwerpunkten des NSU-Komplexes auseinandersetzen, auch die Möglichkeit an sieben Publikumsgesprächen, drei Podiumsdiskussionen und zwei Workshops teilzunehmen. Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt das Vorhaben des Theatertreffs, Aufklärung, Aufarbeitung und Erinnerung im Rahmen des NSU stärker in die gesellschaftliche und politische Mitte hineinzutragen.

Weitere Informationen zu den einzelnen Aufführungen und dem weiteren Programm finden Sie hier: <http://unentdeckte-nachbarn.de/>

→ Weiterdenken ist Kooperationspartner im Projekt „Unentdeckte Nachbarn“. ○



Leerstelle des ehemaligen Unterschlupfs des selbsternannten „Nationalsozialistischen Untergrundes“ in Zwickau
© unentdeckte-nachbarn.de

Neoliberale Politik in blauer Verpackung

Katharina Nocun

Weiterdenken publiziert in Zusammenarbeit mit dem Stiftungsverbund der Heinrich-Böll-Stiftungen diverse Analysen zur Programmatik und politischen Praxis der Partei „Alternative für Deutschland“ AfD. Dazu gehört auch ein längerer Text zur Sozialpolitik der AfD, dessen Fazit wir hier wiedergeben. Der ganze Beitrag sowie weitere fachpolitische und regionale Untersuchungen sind unter <http://www.weiterdenken.de/de/afd-dossier> zu finden.

Sozialpolitik hat viele Facetten. Die in der Studie betrachteten Punkte stehen dabei exemplarisch für deutliche Tendenz innerhalb der AfD, den Schwerpunkt weg von der Sozialen Umverteilung hin zur unsichtbaren Hand des Marktes zu lenken – die dann schon gemäß des neoliberalen Dogmas alles regeln wird.

Das Mittelstandsforum in der AfD war sich nach dem Sturz von Parteigründer Bernd Lucke als Vorsitzenden sicher: „Die Wiederherstellung der patriotisch/konservativen Ausrichtung der AfD-Partei geht nicht zu Lasten wirtschaftsliberalen Positionen, weil sie komplementär zu ihnen erfolgt.“⁷⁸

Und so setzt man sich im Landtag Sachsen etwa für eine „Zurückdrängung marktfremder merkel-sozialistischer Marktbürokratisierung“ ein.⁷⁹

Geht es nach Co-Sprecher Jörg Meuthen, soll die AfD weiterhin ihrer wirtschaftsliberalen Ausrichtung treu bleiben. „Nur wenn Bürger in existenzielle Nöte geraten, die sie nicht selbst bewältigen können, ist der Staat gefragt.“, so Meuthen gegenüber dem Spiegel. Die AfD setze sich „entschieden gegen jede soziale Vollkaskomentalität ein“. Im Hinblick auf die Statistiken zum Einzug der AfD in Baden-Württemberg im April 2016 sagte er: „Wir können nicht nur eine Partei der Geringverdiener und Arbeitslosen sein.“⁸⁰

Tatsächlich hatte die Partei in diesen Gruppen enormen Zuspruch erhalten. Eine deutlich neoliberal geprägte Handschrift ist auch in der Arbeit auf Länderebene erkennbar. „Die Mietpreisbremse ist in einer freien Marktwirtschaft ein nicht-legitimes Mittel und verstößt gegen das grundlegende Prinzip der Vertragsfreiheit“, bewirbt etwa die Hamburger Fraktion einen Redebeitrag ihres Abgeordneten Dr. Bernd Baumann.⁸¹

Die Grunderwerbsteuer, für durch den Eigner bewohnte Immobilien, will die AfD in Hamburg gar komplett aussetzen. Dieses Beispiel aus der Praxis der parlamentarischen Arbeit ist mit ähnlichen Problemen behaftet wie AfD-Forderungen zu Einkommens- und Erbschaftsteuer. Von einer derartigen Aussetzung nach Gießkannenprinzip würden Käufer kostspieliger Immobilien besonders profitieren.⁸² Ohne die Mietpreisbremse würde sich gerade in Ballungsgebieten mit überhitztem Wohnungsmarkt wie Hamburg oder Berlin die Spirale der Verdrängung von Mietern durch Verteuerung noch schneller drehen. Dieses Beispiel zeigt: Nicht wenige soziale Errungenschaften drohen mit der AfD einer Vision des „schlanken Staats“ zum Opfer zu fallen.

Im Thüringischen Landtag waren im Februar 2016 ähnliche Töne zu vernehmen. Der wirtschaftspolitischen Sprecher der AfD Fraktion Stefan Möller ließ vermelden: „Bürokratie und schwere Eingriffe in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit sind die klassischen Folgen der Überregulierung, unter

der alle Wirtschaftsbereiche in unserem Land mehr oder weniger stark leiden.“ In der Fraktions-Meldung heißt es weiter: „Möller warnte, dass der etablierte „Nanny-Staat“ mit seiner inzwischen grenzenlosen Vollversorgungsmentalität eine Illusion sei, die schon bald platzen werde.“⁸³ Auf dem Mittelstandsempfang der AfD-Fraktion Thüringen lässt er sich gar zu der Äußerung hinreißen in Deutschland herrsche „Eine Planwirtschaft, auf die Erich Honecker und Günter Mittag stolz gewesen wären.“ Als Beispiel für Überregulierung nannte er „eine Vielzahl von formalisierten Belehrungspflichten, Wiedereinstiegsrechten und Antidiskriminierungsvorhaben“.⁸⁴

Betrachtet man die Aussagen zu Mindestlohn, Leiharbeit und Werkverträgen sowie HartzIV wird schnell klar: Die AfD ist keine soziale Partei und ist es nie gewesen. Viele AfD-Positionen tragen eine neoliberale Handschrift. Sollten die Steuer-Konzepte der AfD umgesetzt werden, drohen Steuerausfälle durch Besserstellung hoher Einkommen und Vermögen in Milliardenhöhe. Gleiches gilt für die Abschaffung der Erbschaftsteuer, wie sie die AfD fordert. Im Wahlprogramm für Rheinland-Pfalz heißt es gar, dass die „Ablehnung von Elitenförderung“ die Weiterentwicklung behindere.⁸⁵ Das Geld, das dem Staatshaushalt durch derartige Wahlgewinne an Vermögen entgeht, würde an anderer Stelle fehlen. Und da die AfD durch die Bank weg Neuverschuldung ablehnt, droht hierdurch vor allem eines: Kürzungen bei den Sozialleistungen, bei der Infrastruktur, bei der Gesundheit und bei der Bildung. Langfristig gefährdet eine solche Politik, die nicht etwa darauf abzielt die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen, sondern sie zu vergrößern, auch die Stabilität des sozialen Friedens in Deutschland.

In der AfD redet man über solche Aspekte des Programms nicht gerne. Im Bundesvorstand wie in den Landtagsfraktionen bis hinunter auf die lokale Ebene dominiert das Thema Asyl. Dort verpasst die AfD keine Gelegenheit Ausgaben für Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten zu kritisieren. Dass die Kosten im Vergleich zu den von der AfD geforderten Einschnitten im Steuerrecht Peanuts sind, ist eine unbequeme Wahrheit über die man lieber den Mantel des Schweigens hüllt. Egal ob Erbschaftsteuer, Grunderwerbsteuer oder Stufen-Modell: Vor allem Familien mit hohem Einkommen und hohem Vermögen werden von der AfD überproportional profitieren. Einen schlanken Staat muss man sich leisten können. Wer auf private Sicherheitsdienste setzen kann, auf Privatschulen und private Krankenversicherung, dem fällt es womöglich leichter bei staatlichen Ausgaben und Einnahmen den Rotstift anzusetzen. Es ist leichter die hohe Steuerlast zu beklagen als zu

erkennen, was davon alles abhängt: Bildung, Infrastruktur, sozialer Ausgleich, Gesundheit – um nur einige Punkte zu nennen. Eine stabile Finanzierung dieser Ausgaben schafft erst einen Rahmen des sozialen Friedens, in dem Investitionen sicher getätigt werden können. Das Solidaritätsprinzip in der Sozialen Marktwirtschaft bedeutet eben auch, dass wir Lasten gerecht verteilen. Mit der AfD und ihrer Wirt-



schafts- und Sozialpolitik droht dieses Prinzip zugunsten einer naiven Marktgläubigkeit zu erodieren. Besonders bitter dabei ist, dass viele derjenigen, die der AfD bei den letzten Landtagswahlen der AfD ihre Stimme gegeben haben, von ihrer Politik ganz und gar nicht profitieren würden. Das Gegenteil ist sogar der Fall.

Autorin

Katharina Nocun ist studierte Ökonomin, Publizistin und Beraterin. Als Bürgerrechtlerin streitet sie für Demokratie und gegen Überwachung. Sie ist unter anderem Botschafterin für die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) e.V., Beirat im Whistleblower-Netzwerk e.V. und Delegierte für die Humanistische Union e.V. sowie eine der Stimmen im Protest gegen das Handelsabkommen TTIP. Derzeit klagt sie vor dem Bundesverfassungsgericht gegen mehrere Überwachungsgesetze.

⁷⁸ Quelle: Mittelstandsforum der Alternative für Deutschland e.V., „Gemeinsame Presseerklärung der AfD-Partei und des AfD-Mittelstandsforums“. Presseerklärung vom 17.07.2015. <http://mittelstandsforum.org/gemeinsame-presseerklarung-der-afd-partei-und-des-afd-mittelstandsforums/> aufgerufen am 1.5.2016

⁷⁹ Quelle: AfD-Fraktion Sachsen, „Firmengründungen in Deutschland rückläufig!“. Pressemitteilung vom 26.05.2015. <http://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/firmengruendungen-in-deutschland-ruecklaeufig.html> aufgerufen am 1.5.2016

⁸⁰ Quelle: AfD streitet um ihre Sozialpolitische Ausrichtung. In: Spiegel-Online, Beitrag vom 19.03.2016. <http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/afd-streit-um-ihre-sozialpolitische-ausrichtung-a-1083061.html> aufgerufen am 1.5.2016

⁸¹ Quelle: AfD-Fraktion Hamburg, „Dr. Bernd Baumann: Die Mietpreisbremse verstößt gegen das Prinzip der freien Marktwirtschaft“. <https://afd-fraktion-hamburg.de/dr-bernd-baumann-die-mietpreisbremse-verstoest-gegen-das-prinzip-der-freien-marktwirtschaft/> aufgerufen am 1.5.2016

⁸² Quelle: AfD-Fraktion Hamburg, „AfD fordert Freistellung von der Grunderwerbsteuer“. <https://afd-fraktion-hamburg.de/afd-fordert-freistellung-von-der-grunderwerbsteuer/> aufgerufen am 1.5.2016

⁸³ Quelle: AfD-Fraktion im Landtag Thüringen, „Möller: Soziale Marktwirtschaft statt Versorgungsmentalität im Nanny-Staat“. Pressemitteilung vom 8.02.2016. <http://afd-thl.de/2016/02/08/moeller-soziale-marktwirtschaft-statt-versorgungsmentalitaet-im-nanny-staat/>

⁸⁴ Quelle: AfD-Fraktion im Landtag Thüringen, Pressemitteilung vom 17.02.2016, „Möller: In Deutschland regiert eine Planwirtschaft auf die Erich Honecker stolz gewesen wäre“. <http://afd-thl.de/2016/02/17/moeller-in-deutschland-regiert-eine-planwirtschaft-auf-die-erich-honecker-stolz-gewesen-waere/> aufgerufen am 1.5.2016

⁸⁵ Quelle: Programm zur Landtagswahl der AfD Rheinland-Pfalz. S.23. <http://www.alternative-rlp.de/wp-content/uploads/2015/11/wahlprogramm-ausfuhrlich.pdf> aufgerufen am 1.5.2016

Ich bin kein Etikett!

Eine Ausstellung über Diskriminierung



Wir versehen Menschen oft allein aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe, ihres Namens oder ihres Verhaltens mit einem Etikett. Dieses Etikett beruht auf Gedanken und Bildern, wie wir uns die Menschen vorstellen – ohne sie zu kennen. Mit diesen Vorstellungen sind auch Einstellungen und Erwartungen verbunden und damit Vorurteile und Bewertungen. Vorurteile haben dabei den Effekt, bestimmte Menschen zu Gruppen zusammenzuschließen – aufgrund ihres sozialen Hintergrunds, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion oder Hautfarbe. Dabei werden diesen Gruppen positive oder negative Eigenschaften zugeschrieben, die pauschalisierend wirken und auf die einzelne Person kaum zutreffen.

Weiterdenken möchte mit der neuen Wanderausstellung „Ich bin kein Etikett!“ zum Nachdenken über vorschnelle Zuschreibungen anregen. Klar menschenrechtlich orientierte Texte rahmen die

Porträts verschiedener Menschen, die sich gegen ihre „Etikettierung“ durch andere wenden. Denn Etiketten transportieren Vorurteile und können in diskriminierende Verhaltensweisen münden. Abwertende Bemerkungen und Benachteiligungen erfahren gerade die porträtierten Menschen recht häufig. Dabei findet Diskriminierung unbewusst oder bewusst in allen Bereichen der Gesellschaft statt: u.a. in der Familie, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in der Gesundheitsversorgung und in der Bildung. Selten werden Betroffene gehört und ernst genommen. Gesagtes und Getanes werden vielmehr heruntergespielt; die ungleiche Verteilung von Chancen und Macht wird geleugnet.

Umso mehr verfolgt die Ausstellung den Ansatz, Menschen, die sich gegen Diskriminierung engagieren, die sich wehren und aufklären, die Gleichberechtigung fordern und für sie kämpfen eine

Stimme zu geben. Die Ausstellung setzt sich mit den Themen:

- Rassismus
- Ableismus
- Asylfeindlichkeit
- Heterosexismus
- Klassismus
- Islamfeindlichkeit
- Sexismus
- Antiromaismus
- Antisemitismus

Durch eine begleitende Medienstation können einzelne Themen vertieft werden. Mehr Informationen zur kostenlosen Ausleihe finden sie unter www.weiterdenken.de/ausstellungen

Idee und Texte: Kathrin Bastet, Peter Streubel, Katrin Holinski, Kathrin Krah

Fotos: Susanne Keichel

Gestaltung: Stefanie Busch

Medienstation: Falk Reinhardt

Videoauswahl: Katrin Holinski mit Unterstützung von Caro Angermann

Übersetzung Tigrinya: Sara Tesfay

Vielen Dank an die Porträtierten und Autor_innen der Statements:

Khalid Al Saadi, Anka, Ulrike Bürgel, Meron Fitsum, Ines Kummer, Valentina Marconaro, Salih Omer, Jule Rühl, Gjulner Sejdi, Zemichal Teweld, Katja Urbatsch



Foto: Susanne Keichel

Ideologien der Ungleichwertigkeit

Eine Kommission der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Zunahme rassistischer Gewalt und Hassreden, die Entstehung der völkischen Pegida-Bewegung und der Einzug der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) in etliche Landesparlamente zeigen, dass Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Deutschland weit verbreitet

sind. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat aus diesem Grund eine Fachkommission zu „Ideologien der Ungleichwertigkeit und Neonazismus in Deutschland“ eingerichtet, um Ideen für eine menschenrechtsorientierte demokratische Kultur zu entwickeln.

Dabei konzentrierte sich die Kommission in ihrer Arbeit von 2014 bis 2016 vor allem auf Bildungspolitik und Schule, auf den Staat und seine Rolle in der Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeit sowie auf die Jugendarbeit und ihre Möglichkeiten bei der Bekämpfung gruppenbezogener Men-

schenfeindlichkeit. Die vorliegende Publikation bietet Beiträge aus der Fachkommission sowie weitere Texte von Expertinnen und Experten. Die Publikation hat 240 Seiten und liegt als pdf, mobi und epub auf der Seite von Weiterdenken vor.

Mit folgenden Beiträgen

- **Beate Küpper:** Ideologien der Ungleichwertigkeit und das Syndrom "Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit"
- **Ulli Jentsch:** Jeden Montag Deutschland retten. PEGIDA und Co. verändern das politische Klima
- **Alisha M.B. Heinemann und Paul Mecheril:** Institutioneller Rassismus als Analyseperspektive. Zwei Argumente
- **Stefan Schönfelder:** Politische Bildung ist gefordert
- **Petra Lutz:** Museen als Plattformen für Fragen der Identität
- **Yasemin Shooman und Betül Yilmaz:** Die Akademieprogramme des Jüdischen Museums Berlin als Beispiel für politische Bildungsarbeit
- **Anja Besand:** Zum Verhältnis von Emotionalität und Professionalität in der politischen Bildung
- **Interview mit Thomas Krüger:** Die Rolle der politischen Bildung bei der Auseinandersetzung mit den Ideologien der Ungleichwertigkeit
- **Eva Maria Andrades, Meral El und Dorothea Schütze:** Bildungspolitik und Schule in der Verantwortung für eine nichtdiskriminierende demokratische Gesellschaft
- **Heike Radvan und Esther Lehnert:** Rechtsextremismus als Herausforderung für frühkindliche Pädagogik
- **Armin Langer:** Herausforderungen und Spielräume des muslimischen Studienwerks Avicenna und des jüdischen Studienwerks ELES
- **Thomas Hafke, Sabine Hammer, Andrea Müller und Matthias Müller:** Jugendarbeit in der Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit
- **Tugba Tanyilmaz, Sven Woytek und Fiona Mahmud:** Nicht die Wahl haben, nicht nicht zu reagieren
- **Mimoun Berrissoun und Ümran Sema Seven:** Erfolgreiche Jugendsozialarbeit im interdisziplinären und interkulturellen Team – Die 180°-Wende
- **Friedemann Bringt, Bianca Klose und Michael Trube:** Gemeinwesenarbeit und Demokratie – Mobile Beratung und Gemeinwesenarbeit als sozialräumliche Praxis einer menschenrechtsorientierten Demokratieentwicklung
- **Dieter Filsinger:** Sozialräumliche Ungleichheiten: Stadt(teil)entwicklung, Quartiersentwicklungspolitik und Quartiersmanagement
- **Lothar Ungerer:** Die Rolle der Kommunen
- **Miriam Aced:** Urban Citizenship – Zugehörigkeiten umdenken
- **Stephan Kramer, Kati Lang, Monika Lazar und Stefan Schönfelder:** Die Rolle des Staates in der Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit
- **Roland Roth:** Zu kurz gesprungen: Eine Bilanz der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
- **Julia Schulze Wessel:** Staatsbürger/innen ohne Staatsbürgerschaft ○

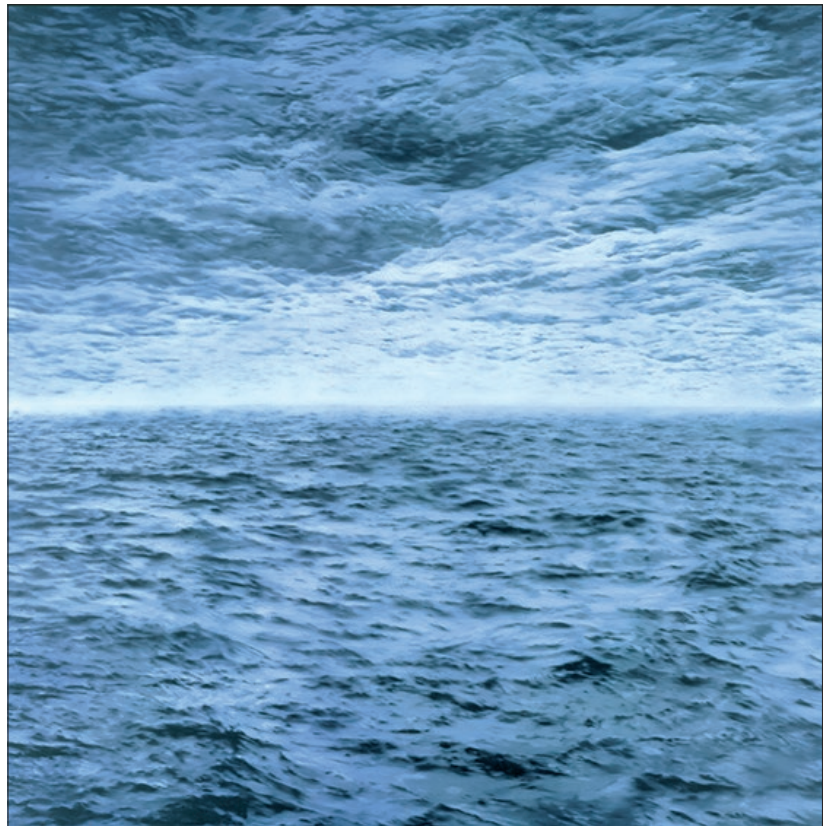
Freiheit bestimmen – Neue Vortragsreihe im Wintersemester 2016/17

Die neue Veranstaltungsreihe von Weiterdenken, den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (Museum für Völkerkunde) und der TU Dresden findet vom 26. Oktober 2016 bis zum 1. Februar 2017 jeweils mittwochs 19:00 Uhr im Japanischen Palais in Dresden statt.

Kurz nach den Attentaten von Paris interpretierte Angela Merkel die Angriffe als Anschläge auf die Freiheit und machte Freiheit damit zum Symbol und zentralen und kostbarsten Gut der westlichen Zivilisation. Freiheit „scheint eine alle Lebensbereiche und alles Handeln vereinende Gemeinsamkeit zu sein. Als wichtigste moralische Instanz, auf individueller sowie kollektiver Ebene, ist der Begriff auch aus unserem Alltag nicht wegzudenken. „Wir haben keine Alternative zur Freiheit“, so lautet Otfried Höfles Schlussatz in seinem kürzlich erschienen Buch zu diesem Begriff. Die Wichtigkeit oder Alternativlosigkeit ist nicht zuletzt Folge von Unterdrückungs- und Abhängigkeitserfahrungen. Oft scheint es einfacher dem Gefühl von Unfreiheit Ausdruck zu geben, als Freiheit positiv beschreiben zu können. Als Schlagwort begegnet uns der Begriff überall und nicht selten stehen unterschiedliche Vorstellungen von Freiheit in Konkurrenz miteinander. Es sind die Grenzen der Freiheit die ihre Verwirklichung umso mehr herausfordern. Ob Debatten zu Überwachung und Sicherheit, zur Zensur des Internets, zur politischen Debattenkultur im Kontext der Flüchtlingsbewegung oder den humanitären Missständen außerhalb und innerhalb Europas, Freiheit lässt sich nicht ohne Ambivalenzen erringen und bewahren. Einmal erreichte Freiheiten bringen wiederum neue Unfreiheiten ans

Tageslicht und müssen zudem dauerhaft wieder erkämpft und verteidigt werden.

Unter dem Titel „Freiheit bestimmen“ werden unterschiedliche und gesellschaftsrelevante Freiheitsräume und Freiheitsvorstellungen aufgegriffen und nach ihren Grenzen, Möglichkeiten und Entwicklungspotenzialen abgetastet werden. Welche Ideen von Freiheit lassen sich in Kunst, Kultur, Wirtschaft, Religion und Bildung finden? Wie stehen die jeweiligen Freiheitskonzepte im Verhältnis zueinander und lassen sie sich gemein-



Gerhard Richter „Seestück (See-See)“, 1970, Foto: Lauren Klenow

sam realisieren, oder behindern sie einander? Den Rahmen bildet dabei immer, dass wenn Freiheit auf ein Verhältnis zwischen uns Menschen verweist, sie nur dort verstanden, kritisiert und verwirklicht werden kann und ihr damit politische, wenn nicht sogar demokratische Qualität zukommen muss.

Unter anderem mit Olaf Sanders zu Freiheit und Bildung, Christoph Schwarke zu Freiheit und Religion, Barbara Grubner (Freiheit und Feminismus), Ulrich Thielemann (Freiheit und Markt), Günter Frankenberg (Freiheit und Sicherheit). ○

IMPRESSUM

Weiterdenken

Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
Wettiner Platz 9 // 01067 Dresden
Fon 0351 - 85 075 100
Fax 0351 - 85 075 109

E-Mail: info@weiterdenken.de
www.weiterdenken.de
www.youtube.com/boellsachsen
www.facebook.de/weiterdenken
V.i.S.d.P. Stefan Schönfelder

Redaktion: Team Weiterdenken
Redaktionsschluss: 16.09.2016
Satz: Stefanie Busch
Druck: Union Druckerei Dresden
Auflage: 2.000

Adieu Umweltzentrum - Salut Trafohalle

Am 24. August standen die Umzugsautos vor der Tür und Weiterdenken sagte Adieu zum Umweltzentrum, wo wir mehr als 22 Jahre unsere Büros hatten. Aber die Räume waren zu klein geworden, die Technik entsprach nicht mehr unseren Ansprüchen und eigene Besprechungs- und Seminarräume schienen uns sinnvoll zu sein.



Erste Besichtigung der Trafohalle im Oktober 2013, Foto: weiterdenken

Wir hatten uns schon länger umgeschaut und im Herbst 2013 auch das Gelände des ehemaligen Braunkohlekraftwerkes Mitte angeschaut. Gerade war beschlossen worden, dass das Theater Junge Generation und die Staatsoperette einziehen würden und das ganze Gelände entwickelt und belebt werden sollte. Schon beim ersten Rundgang war uns die alte Trafohalle aufgefallen, sie schien uns die richtige Größe zu haben und das Potenzial für



Baustelle Trafohaus, Foto: weiterdenken

unsere Vorstellungen von einer transparenten, modernen Arbeitskultur.

Dank der wunderbaren Arbeit des Büros ada-Architekten, Dresden und der konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Eigentümer der Gebäude, der DREWAG, wurde das Haus nach unseren Wünschen saniert und nun sind wir eingezogen.

Unsere Arbeitsplätze in einem denkmalgeschützten ehemaligen Transformatorenhaus sind rau und hell, industriell und praktisch, handwerklich saniert und digital vernetzt. Und so wird Weiterdenken selbst zum Teil einer Transformation – vom Braunkohlekraftwerk zur politischen Bildung im 21. Jahrhundert.

Wir haben das Zentrum für inklusive politische Bildung (ZipB) und die LAG politische-kulturelle Bildung (pokuBi) mit genommen.

Wir erweitern aber nicht nur unsere Büros, sondern auch die Ansprüche an uns selbst: Das Erdgeschoss wird barrierefrei zu erreichen sein und so setzen wir einen Ausgangspunkt, gemeinsam mit dem Zentrum für inklusive politische Bildung, inklusivere Angebote zu entwickeln.

Die großen hellen Räume und die lebendigen Wände haben auch Künstler*innen begeistert

und Weiterdenken schätzt sich sehr glücklich, Leihgaben zeigen zu können. Stefanie Busch, Susanne Keichel und Ulrike Grossarth haben uns Werke zur Verfügung gestellt und der Kunstfonds des Freistaates Sachsen leiht uns zwei Werke des Dresdner Malers Eberhard von der Erde. Einzelstücke aus früheren Kooperationen kommen noch dazu.

Wir freuen uns auf wunderbare Bedingungen für mehr und attraktivere politische Bildungsangebote in Sachsen.



Salut Trafohalle, Foto: weiterdenken

datenkollektiv

Offenes Haus – Sichere Software

Wir ziehen nicht nur in ein neues Haus, sondern beziehen auch ein neues Betriebssystem.

Spätestens seit den Enthüllungen von Edward Snowden sollte klar sein, dass das, was technisch an Überwachung möglich ist, auch tatsächlich für Überwachung genutzt wird. Hier sehen wir, wie sich immer neue Schwellen zwischen den Freiheiten, die das digitale Netz uns bietet, und den unsere Freiheit und Bürgerrechte einengenden digitalen Kontrollmechanismen zeigen. Weiterdenken hat in der Vergangenheit viele Veranstaltungen dazu organisiert und um das auch in unserer Praxis nicht abstrakt zu lassen, stellen wir mit dem Umzug ins neue Haus um. Das datenkollektiv.net – der lokale Internet- und Netzwerkdienstleister hat unsere „digitale Freiheit“ durch die Anwendung freier, nicht überwachungsgeeigneter Software und die Bereitstellung nicht überwachungsgeeigneter Versorgungsstrukturen gesichert. Denn die großen Internetkonzerne machen persönliche Daten zur Ware und staatliche Institutionen haben ein Interesse daran, den Datenverkehr weiträumig zu überwachen. "Die Dezentralisierung von Kommunikationsdiensten bringt natürlich keine absolute Sicherheit aber erschwert die Massenüberwachung durch Geheimdienste erheblich", so das Datenkollektiv. Dieser Umzug soll auch anderen Institutionen und NGOs die Angst vorm Umzug nehmen. Wir können jetzt wieder selbstbestimmter über unsere Daten verfügen, ohne auf die Möglichkeiten von digitaler Kommunikation verzichten zu müssen. Dafür sind dezentrale Strukturen nötig, die Datenschutz, Datensicherheit und Datenautonomie ernst nehmen.

<https://datenkollektiv.net/>



Team

Wer wir sind

Weiterdenken ist der sächsische Teil im Verbund der Heinrich-Böll-Stiftungen. Unser Team hat sich in der letzten Zeit vergrößert, außerdem sind wir umgezogen.

Wir haben unsere neuen Büroräume im Kraftwerk Mitte. Im ehemalige Trafohaus sind außerdem das ZipB (Zentrum für inklusive politische Bildung) und LAG pokuBi (Landesarbeitsgemeinschaft politisch-kulturelle Bildung) beheimatet.

Wer wir sind

Stefan Schönfelder arbeitet seit 1999 für die Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen und ist seit Oktober 2007 der Geschäftsführer der Landesstiftung. Zuvor war er zwischen 1992 und 1997 Landesgeschäftsführer der GRÜNEN LIGA Sachsen e.V.

Kathrin Bastet ist seit 2007 Bildungsreferentin bei Weiterdenken. Sie arbeitet schwerpunktmäßig zu den Themen Migrations- und Asylpolitik, Geschlechterdemokratie sowie Sozialpolitik. Kathrin Krahel arbeitet zusammen mit Gjulner Sejdi und Antje Meichsner im Projekt RomaRespekt – Lokalrecherchen und Empowerment. **Kathrin Krahel** arbeitet zu den Schwerpunkten Geschichte des Nationalsozialismus, Shoah und Antisemitismus. **Gjulner Sejdi** arbeitet überwiegend in unserem neuen Büro im Leipziger Pöge-Haus. Er engagiert sich seit vielen Jahren für die Roma-Community in Leipzig und ist Vorstand des Vereins Romano Sumnal. **Antje Meichsner** konzipiert und produziert die Sendereihe Radio RomaRespekt. Außerdem ist sie als Medienpädagogin sowie als Klangkünstlerin und Hörspielautorin tätig.

Katrin Holinski arbeitet seit einigen Jahren in verschiedenen Kontexten zum Thema Flucht und Asyl. Seit 2015 ist sie als Bildungsreferentin bei Weiterdenken. Derzeit ist sie jedoch in Elternzeit.

David Jugel und **Tina Hölzel** leiten gemeinsam das Zentrum für inklusive politische Bildung, welche eine gemeinsame Einrichtung von Weiterdenken, dem Lehrstuhl für Didaktik für politische Bildung, **Prof. Anja Besand** und der Professur für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt inklusive Bildung, **Prof. Anke Langer** ist.

Hannah Eitel arbeitet ab Oktober 2016 zum Thema Rechtspopulismus. Sie ist u.a. im Rahmen des Verbundes aller Heinrich-Böll-Stiftungen zu diesem Thema tätig.

Sigrid Schroff ist seit Mai 2015 bei Weiterdenken im Bereich Finanzen und Verwaltung und im Projekt RomaRespekt tätig.

Eva Pietzarka ist unsere Freiwillige 2016/17.

Unsere Praktikant_innen sind und waren 2015/16 **Steffen Wolff**, **Isabel Adler**, **Johannes Heinsdorf**, **Lucas von Ramin** und **Sefer Idaver**.

Außerdem bedanken wir uns für die regelmäßige und intensive Zusammenarbeit bei **Stefanie Busch** und **Kathleen Zeidler**.

Ein großes Dankeschön und ein herzlicher Glückwunsch an alle im Team, bei der **DREWAG**, **ada-Architekten** und den **Bau- und Handwerksfirmen**, die den Umzug in die neuen Projekträume ermöglicht haben.

Weitere Informationen zu uns und unseren Projekten findet Ihr/finden Sie unter www.weiterdenken.de